DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Publizist Peter Hahne *schreibt über Gott und die Wahrheit.*
DW-Gastkommentar Seite 14 Foto: Axel Rothkehl, Berlin

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 121 , Samstag, 11. Februar 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

FRIEDEN BRAUCHT UNABHÄNGIGKEIT | Die neue Wochenzeitung für Deutschland aufbauen. | **HIER GIBT'S DIE!**

DIE WAFFEN NIEDER!



SCHLUSS MIT DEM KRIEG GEGEN DIE BEVÖLKERUNG.

DER (HOCHGEFÄHRLICHE) WAHNSINN NIMMT KEIN ENDE!

Noch mehr Panzer für die Ukraine!
Noch mehr Blutvergießen an der Ostfront!
Und der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) tönt gar, die Ukraine müsse den Krieg gegen Russland gewinnen.
Hören sich die Polit-Fuzzis eigentlich noch selbst reden? Wollen sie die totale Eskalation?
WIR MACHEN DA NICHT MIT!
Für uns gibt es nur eine Option und die heißt: **FRIEDEN!**

Titelgrafik: DW/Ute Feuerstacke mit Fotos von Georgi Belickin und CC/Creative Commons

Sie wollen den Krieg niemals enden lassen. Panik, Lügen und die ewige Krise, nur so können sie ihre Herrschaft der Angst aufrechterhalten. Dabei weiß es eigentlich jeder: Ihr System ist am Ende. Es ist Zeit für einen demokratischen Neuanfang.

Der unter Korruptionsverdacht stehende Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sagte es gleich nach seiner Wahl im Dezember 2021: Für ihn gibt es keine roten Linien mehr. Erst jagte er uns alle mit der Konzernspritze, die unzählige Menschen für immer verstümmelte oder gleich umbrachte *(Seite 3)*, jetzt wird immer schwereres Gerät an die Ostfront *(Seite 11)* gekarrt.

Unsere Herrschaften planen schon, wie sie den Krieg auch im Jahr 2024 noch führen können. Verhandlungen? Waffenstillstand? Frieden? Keine Option für sie. Aber für uns Menschen das Einzige, was geht! Dazu gehört eine echte Aufarbeitung der langen Liste der Coronaverbrechen *(Seiten 4, 12-13 und 15)*, die nicht von Konzernen und Parteien in unhaltbar harmlose Bahnen gelenkt wird.

Dafür steht diese Wochenzeitung seit April 2020 ein; unabhängig und nur ihren Leserinnen und Lesern verpflichtet. Und dafür steht die Demokratiebewegung seit 28. März 2020 jeden Tag *(Demokalender Seite 6)* auf den Straßen und Plätzen der Republik. Während Scholz, Gates, Merz, Schwab und Bärbock »Scheitern als Chance« in ihre Bärte murmeln und mit verzückt-entrückt umflorten Augen und wehenden Fahnen in den Untergang reiten wollen, ist der Geist der Demokratiebewegung klar und deutlich: »Unser Sieg wird umfassend sein!« Und das bedeutet Frieden nach innen und nach außen durch Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes *(Seite 16)*. Denn: Nie mehr wollen wir in den Krieg gehetzt werden. Die Waffen nieder!

16 **TSCHÜSS, PROPAGANDA!** *Diese Wochenzeitung gibts im* **ABO!**

12 **GORDON PANKALLA** Hier kommt die Aufarbeitung!

9 **TERROR-TANTEN-ALARM** Wie Parteipolitik und Nato-Kurs hübsche Menschen verunstalten

6 **FREIHEITSKÄMPFER** Demonstrationen täglich und überall!

NICHTOHNEUNS.DE

Wir

INHALT #DW121

- Die Waffen nieder, Seite 1
- Preisträger der Republik: Eric Clapton, Seite 2
- Einwurf von Dr. Köhne: »Panzerporno«, Seite 2
- Gericht entzieht ungeimpften Eltern Baby, Seite 3
- Dr. Paul Brandenburg: Schluss mit Anonymität, Seite 4
- Weekly Wahnsinn von Nadine Strotmann, Seite 5
- Anwalt Pankalla über E-Roller-Jugend, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Polizisten für Aufklärung, Seite 6
- Björn Banane dreht Video zum Song »Impfschaden«, Seite 7
- DW-Verteiler werden, Seite 7
- Jebsen & Lenz: Bestandsaufnahme, Seite 8
- Interview mit Krankenschwester Sabrina Kollmorgen, Seite 8
- Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- Strackzi und Babsi machen Front, Seite 9
- Motor Mittelstand, Seite 10
- Marc Friedrich über die Abschaffung des Bargelds, Seite 10
- Altpanzer zum Verheizen an die Ostfront, Seite 11
- Proteste in Frankreich halten an, Seite 11
- Gordon Pankalla: Sie wussten genau, was sie tun!, Seiten 12, 13
- Das Letzte von Anselm Lenz, Seite 13
- DW-Gastkommentar von Publizist Peter Hahne, Seite 14
- Christen im Widerstand, Seite 15
- DW-Buchliste, Seite 15
- Sport mit Weltmeister Thomas Berthold, Seite 15
- Taumeln auf der Zielgeraden, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 121. Ausgabe ab Samstag, 11. Februar 2023. | Redaktionsschluss war am 9. Februar. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. med. Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Sattelmaier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Professor Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE68 1001 0123 2493 3614 28. **BIC/SWIFT**: QNTODEB2XXX.



Jubel im Himmel

Der Preis der Republik geht an Eric Clapton. | LAUDATIO von Hendrik Sodenkamp

Der Mann, der Mythos, die Legende. Er ist ein ein absoluter Super*star*, ein »Gitarrengott«, die langsame Hand des Königreichs – und seit 2020 Musiker im Widerstand: Eric Clapton.

Während seine Kollegen sich ins verordnete *Homeoffice* zurückzogen, Videotelefonate führten und die Menschen in Spritze trieben, machte er seinem Instrument – der E-Gitarre – alle Ehre und äußerte sich in *Songs* unmissverständlich gegen das Coronaregime. »Stand an deliver« (dt.: »Steh und liefer ab«) und »This has gotta stop« (dt.: »Das muss aufhören«) komponiert und aufgenommen mit einem anderen Super*star* – Van Morisson – entrüsteten das Coronakartell:

Das muss aufhören /
genug ist genug /
Ich kann diesen Bullshit
nicht länger ertragen
Bis hier und nicht weiter/
Wenn ihr meine Seele wollt/
müsst ihr kommen und
meine Tür eintreten.

Wenn ein Normalsterblicher unbequem wird, dann kommt sofort die Gewalt; um Stars wird sich »gesorgt«, um sie dann kalt zu stellen. Das Zentralorgan der US-Machthaber, *Washington Post*, titelte übergriffig: »Was ist nur aus Eric Clapton geworden?«, um ihn dann in den Zusammenhang von Rassismus zu stellen. Ausgerechnet die musikalisch gestellte Frage »Möchtest Du ein Sklave sein oder ein freier Mann?«, wurde ihm vorgehalten. Verächtlichmachung von Schwarzen war die verdrehte Anklage. So macht man es in der angelsächsischen Welt analog zum deutschen Vorwurf, die Nazizeit zu verharmlosen, wenn man Regierung und Konzerne kritisiert.

Doch Eric Clapton knickte nicht ein und machte klar: Die medial präsentierte Einheitsfront hinter der Regierung gibt es nicht. Wir sind überall. Hätten die Protest*songs* mehr Schwung vertragen können? Zweifellos. Doch was sollen 70-jährige auf den Barrikaden?

Für den herausragenden Mut und die Standhaftigkeit gebührt ihm Dank und dieser Preis.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN ERIC CLAPTON. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler.

PREIS ABERKANNT!

Es war die Hoffnung aufgekommen, dass bei irgendeiner unserer Politmarionetten mal die Kinderschändermaske fällt, öffentlich Tränen ausbrechen wegen all der Verbrechen – und die Karriere verweigert wird. Doch sagte Christine Lambrecht mit ihrem berühmten Knaller-Video wirklich: »Ich möchte lieber nicht« und »ich habe mitgemacht, aber ich will in diesem Horrorzirkus nicht mehr an Lügen, Morden, Abzocken und Unterdrückung des deutschen Volkes mitwirken«? Dass sie auspackt, ein Ende der Kriegsbeteiligung wie den Nato-Austritt erklärt und zu uns auf die Seite des deutschen Volkes kommt? Das war wohl die Hoffnung. Die Aufregung war groß: Die Jury hatte die berühmte Silversteransprache der Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) als große Geste der Absage gewertet und ihr den derzeit angesehendsten Öffentlichkeitspreis verliehen (DW117). Wie schon 2020, als Lambrecht noch im Amt der Bundesjustizministerin zwischenzeitlich das Demonstrationsrecht verteidigt hatte und den Preis der Republik erst zuerkannt bekam – und nach erneutem Verbrechertum wieder aberkannt. So auch diesmal. Nur Tage nach dem Knallervideo gingen von ihrem Ministerium weitere Kriegshandlungen aus. Die Jury gibt schweren Herzens und trotz menschlicher Sympathie (»5.000 Helme«) bekannt: Christine Lambrecht wird der Preis der Republik wegen falscher Voraussetzungen und aktiver Kriegstreiberei zum zweiten Male wieder aberkannt. (ale)

Panzerporno

EINWURF *von Werner Köhne*

Das (Un)-wesen der Pornografie bemisst sich nicht an außergewöhnlichen sexuellen Praktiken und Fetischen, wie oftmals behauptet wird.

Sie ist auch nicht auffindbar in einsichtigen kontextuellen Erzählungen, sondern gewinnt ihre schwüle Bedeutung nur durch Abspaltung, Fragmentierung und eine ins Banale reichende Doppelbödigkeit, die bewusst inszeniert wird, um eine Geilheit zu erzeugen, die immer verbunden ist mit Objektfixierung, Machtmissbrauch oder Unterwerfung.

Ein ins Bild gesetzter riesiger Frauenschenkel oder ein lustvoll enthemmtes Auge erlangen den Status von Pornografie, wenn diesen Fragmentbildern eine Geschichte vorausgeht, die stereotyp erscheint, aber durch einen tiefen Zwiespalt gezeichnet ist.

So sehen wir etwa in einem Filmausschnitt, wie eine Frau recht belanglos oder sittsam eine Straße überquert, als sei nichts anderes von ihr beabsichtigt als die Einhaltung einer konventionellen letztlich asexuellen Normalität.

Die bewusst inszenierte bürgerliche Sittsamkeit und Ferne von jeglicher Geilheit aber erzeugt durch die oben aufgewiesene Doppelbödigkeit diese Geilheit gerade erst – und zwar in einem Voyeur-Modus: Sieh mal die *Bitch*, tut so als ob... aber in Wirklichkeit...

Eine merkwürdige Pornografie findet zur Zeit auch auf allen TV-Kanälen statt. Im Mittelpunkt der sexuellen Erregungen und affektbeladenen Beschwörungen steht die Debatte um die deutschen Panzerlieferungen in die Ukraine. Mit stechendem Blick fordern allabendlich Herr Sievers, Frau Slomka und eine rundum dominant auftretende Frau Bärbock diese Lieferungen von Leopard-Panzern, als seien alle drei in Olivgrün auf dem Gefechtsstand in den Ostgebieten.

So weit, so möglicherweise für Voyeure sexuell erregend. Pornographie stellt sich aber erst ein durch eine Vorgeschichte an drastischer Moralisierung, die in der Forderung der Kriegsbefürworter gipfelt, Putin müsse erst niedergestreckt werden, dann könne man sich entspannt zurücklehnen. Es ist ein eigentümlicher Kult um diesen Irrsinn aus Moralaffekten und affektierter Moral entstanden, die ausgerechnet durch Namen und Zahlen quasi kunstvoll sexualisiert wird.



Gericht entzieht »ungeimpften« Eltern Sorgerecht für Baby

Verbrechen in Neuseeland: Sie wollten für die Herz-OP ihres Säuglings keine mRNA-verseuchten Bluttransfusionen. Daraufhin griffen die Behörden ein und ordneten ein Notsorgerecht an. | BERICHT von Dr. Herthneck

Anfang Dezember war es soweit: Das globale System der Tyrannei zeigte seine bislang hässlichste Fratze. Tatort: Neuseeland. »Baby W.«, so wird der Säugling in Gerichtsunterlagen genannt, geboren im Juli 2022, musste dringend operiert werden, da es mit einem Herzklappenfehler auf die Welt gekommen war. Seine Eltern, die sich bewusst gegen die Covid-»Impfung« entschieden hatten, wollten für die Operation ausschließlich Blut von »Ungeimpften«, weil sie wussten, dass die mRNA-Spike-Proteine der Injizierten bei einer Bluttransfusion ihrem Baby gefährlich werden können.

Um möglichst giftfreies Blut zur Verfügung zu haben, hatten die Eltern bereits mehr als 20 »ungeimpfte« Blutspender um sich versammelt, die Rechnung dabei jedoch ohne die Verwaltung des von ihnen für die Herz-OP ausgewählten »Starship Hospitals« gemacht, das von manchen Neuseeländern inzwischen nur noch verächtlich »Death-Star-Hospital« genannt wird. Dort war man nämlich der Auffassung, dass derart viel elterlicher Einfluss auf medizinische Entscheidungen bezüglich ihres Kindes einen inakzeptablen Schlag gegen das öffentliche Vertrauen ins Medizinsystem darstellen könnte.

ELTERN WURDEN IM *MAINSTREAM* ALS KRIMINELLE DARGESTELLT

Um das Problem zu lösen, wurde einfach ein Gerichtsverfahren gegen die Eltern eingeleitet, mit dem Ziel sie vorläufig (bis zum Abschluss der Operation und anschließender Genesung) von ihren elterlichen Rechten zu entbinden. Dem Ansinnen wurde gerichtlich stattgegeben. Ein Polizeikommando nahm den Eltern das Kind unter deren Protest weg. Doch damit nicht genug: Die Eltern wurden, um das kollektive Narrativ zu stützen, in den *Mainstream*-Medien als Kriminelle und psychisch Gestörte dargestellt.

Die Familie von »Baby W.« wird von mehreren Anwälten, die offenbar alles gegeben haben, und zudem von Psychotherapeuten betreut. Man kann sich als empathischer Mensch vorstellen, was ein solcher Gewaltakt mit einem macht. Versuchen Sie einmal, sich in die Eltern hineinzuversetzen! Wie würden Sie sich fühlen, wenn Ihnen Ihr Kind gegen Ihren Willen für eine lebensbedrohliche Operation weggenommen und unter Staatsaufsicht gestellt wird, obwohl es hierfür weder eine medizinische noch eine rechtliche Grundlage gibt? Denn jeder Patient, der eine Bluttransfusion benötigt, hat ein Mitspracherecht bei der Frage, welches Blut er haben möchte und welches nicht. Aus welchem Grund sollte einem dieses Entscheidungsrecht abgesprochen werden? Bislang wurde Eltern das Sorgerecht einzig bei Misshandlung entzogen. Nun ist es umgekehrt: Es wird Eltern, die besonders fürsorglich handeln, das Sorgerecht entzogen, weil offenbar ein staatlicher Auftrag zur Misshandlung vorliegt.

IN DEN MENSCHEN WIRKEN »DÄMONISCHE KRÄFTE«

Als seit Jahrzehnten in der Psychiatrie tätiger Mensch hatte ich immer angenommen, dass derartige Vorkommnisse nur dadurch erklärbar werden, indem man die Protagonisten als Psychopathen versteht. Das lehnen viele Menschen ab, weil es ihr (realitätsfremdes) Weltbild beschädigen würde, wenn man plötzlich Massenmörder unter angeblich demokratischen Regierungsleuten findet. Dabei müsste die Geschichte sie doch eigentlich eines Besseren belehren. Nach dem Grauen, das der Fall von »Baby W.« in mir hervorgerufen hat, bin ich mir jedoch nicht mehr so sicher, ob mit psychopathologischer Nomenklatur



Klüger als der Apparat: junger Demokrat in NRW.
Foto: DW/Georgi Belickin

Phänomene dieser Art tatsächlich noch vollauf erklärbar sind.

Ich fürchte stattdessen, dass es sich hierbei bereits um ein »teuflisches Geschehen« handelt. Anders als das Wirken »dämonischer Kräfte« in Menschen lassen sich Taten wie diese nicht mehr nachvollziehen. Doch auch die Teufel, die es sich gerade in dieser Welt noch sehr gut gehen lassen, werden nicht ewig ihr Unwesen treiben. Wie wohltuend war da auch gerade in dieser Situation die Nachricht von einem neuen Netzwerk, dem *World Liberty Forum*. Dieses soll verschiedene medizinische Vereinigungen, Fachleute (z. B. Forscher, Wissenschaftler, Ärzte) und Rechtsexperten im Gesundheitswesen verbinden, um eine internationale Reaktion auf die aktuelle Situation der Weltdiktatur durch die sogenannten »Eliten«, die qua ihrer Persönlichkeitseigenschaften nur eine besonders zum Terror befähigte Art von Global-Mafia sind, zu organisieren. Solche vereinten Kräfte könnten das globale Gewaltsystem zum Einsturz bringen.

Dr. K. Herthneck ist Psychoanalytiker und studierte und promovierte in Humanmedizin und Psychologie an Universitäten im In- und Ausland. Die letzten Jahre leitete er eine Psychiatrie-Ambulanz an einem Krankenhaus und lehrt zudem seine Fächer an verschiedenen Universitäten.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.265
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.624
Mär.	86.739	87.396	81.901	93.510
Apr.	77.410	83.830	81.877	85.930
Mai	75.669	75.835	80.876	81.418
Jun.	73.483	72.159	76.836	81.418
Jul.	76.926	73.795	76.704	85.055
Aug.	73.444	78.742	76.402	85.542
Sep.	71.022	74.243	77.931	80.209
Okt.	77.006	79.781	85.080	93.285
Nov.	78.378	85.989	93.915	87.616
Dez.	83.329	108.792	103.171	111.403
insgesamt	939.520	985.572	1.058.702	1.060.184

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Für Oktober 2022 wurde ein Anstieg von 19 Prozent der Sterbefälle im Vergleich der Vorjahre gemeldet. Der Grund: Die Injektionen.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

WEITER BESUCHSBESCHRÄNKUNGEN IN KLINIKEN UND PFLEGEHEIMEN

Berlin/DW. Die Plandemie ist vorbei, doch der Wahnsinn geht weiter. In zahlreichen Kliniken und Seniorenheimen gelten noch immer Maßnahmen wie Masken- und Testpflicht sowie gar Besuchsbeschränkungen (zum Beispiel nur ein Besucher pro Tag für eine Stunde, Zutrittsverbot für Kinder unter zwölf Jahren). Was steckt dahinter? Angst, Psychosen, Machtspiele, Menschenverachtung? Sogar das *Mainstream*-Medium *Welt* schreibt, es dränge »sich der Eindruck auf, dass es einigen Häusern gar nicht mehr primär um das Virus« ginge, dass aber RS-Virus und Influenza weiter »für eine hohe Belastung« sorgen würden und schlussfolgert: »Weniger Besucher, weniger Aufwand.« Offensichtlich ist: Die Verantwortlichen in den Kliniken und Pflegeheimen haben aus den vergangenen drei Jahren nichts gelernt. Sie setzen ihr unmenschliches Spiel auf Kosten der Patienten und deren Angehörigen fort. (kmü)

CORONA-AUFARBEITUNG STOCKT UND FÜR LAUTERBACH SIND NUR DIE ANDEREN SCHULD

Berlin/DW. Was für eine Überraschung: Eine Aufarbeitung der unrechtmäßigen Corona-Politik ist von den verantwortlichen Entscheidungsträgern offenbar nach wie vor nicht gewünscht. Lieber spricht ein Jens Spahn davon, man werde »einander (!) verzeihen müssen«. Noch lieber würde man sicher Gras über die vergangenen drei Jahre wachsen lassen. Für einen der übelsten Protagonisten der Plandemie gilt: Alle sind schuld, nur er nicht. Spahn-Nachfolger Karl Lauterbach ist offenbar ein Experte darin, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Immerhin das kann er, möchte man spotten. Die langen Schulschließungen während der Plandemie seien zwar ein Fehler gewesen, *twitterte* er, schob die Verantwortung dafür aber auf die beratenden Wissenschaftler der Regierung ab. Zudem erklärte der Pharma-Lobbyist und Immer-noch-Gesundheitsminister, man wolle künftig »nie wieder ähnlich schlecht vorbereitet in eine Pandemie gehen.« Über den Pandemieplan von 2017 verlor er freilich kein Wort. Und dass man auch auf andere renommierte Experten hätte hören sollen, statt diese zu diffamieren? Von wegen! Aufarbeitung sieht anders aus. Virologe Klaus Stöhr und Ex-Gesundheitsamtsleiter Dr. Friedrich Pürner finden für dieses Verhalten klare Worte. »Ich glaube nicht, dass Ihnen, Herr Karl Lauterbach, klar geworden ist, wie Ihr Auftreten und Ihre fachliche Kompetenz bei den wirklichen Fachleuten in Deutschland eingeschätzt werden. Und jetzt dissen Sie auch noch die ›Wissenschaft‹, in deren Namen Sie vorgaben, bis dato gehandelt zu haben«, schreibt Stöhr auf *Twitter*. Friedrich Pürner bringt es bei *Tichys Einblick* auf den Punkt: »Lauterbach hat wie fast kein anderer Politiker gespalten und verächtlich über Kritiker oder Kollegen gesprochen. Er hat weite Teile der Bevölkerung in eine tiefe Psychose gestürzt – wir sehen die Auswirkungen noch immer, wenn Menschen an der frischen Luft oder alleine im Auto Maske tragen.» (kmü)

MELDUNG

FU BERLIN: MANN BELÄSTIGT FRAUEN, ASTA RÄT BETROFFENEN AB, DIE POLIZEI ZU RUFEN

Berlin/DW. Es gibt Nachrichten, die sind so irre, dass man sie sich kaum ausdenken könnte: An der Berliner Freien Universität soll es zu sexuellen Belästigungen gekommen sein. In einer Mail an die Mitglieder der Uni soll die Studierendenvertretung (AStA) zwar dazu geraten haben, man solle den Sicherheitsdienst der Uni rufen, sobald der Tatverdächtige auf dem Gelände gesehen werde, warnte jedoch davor, die Polizei hinzuzuziehen. Der Grund: Polizeieinsätze würden »für von Rassismus betroffene Menschen grundsätzlich mit einem erhöhten Risiko einhergehen, Polizeigewalt zu erfahren.« Das Echo in den *Mainstream*medien ließ nicht lange auf sich warten und war verheerend, weshalb sich der AStA veranlasst sah, eine weitere Mitteilung zu veröffentlichen. Darin heißt es u. a.: »Nie haben wir Betroffenen gesagt, dass sie nicht die Polizei rufen sollen.« Man habe lediglich darauf hinweisen wollen, dass Polizeibeamte »mitunter Betroffene von sexualisierter Gewalt nicht ernstnehmen oder ihnen Schuld zuweisen und so zu einer weiteren Traumatisierung beitragen können.« Und die Berliner Polizei? Die kommentierte auf *Twitter*: »Wer in Gefahr oder von einer Straftat betroffen ist bzw. auf eine Notsituation anderer aufmerksam wird, sollte sich von nichts und niemandem abhalten lassen zu handeln. Rufen Sie uns – wählen Sie den Notruf 110! Wir sind für Sie da.« (kmü)

WAHLWIEDERHOLUNG

Berlin/DW. Am 14. Februar 2023 findet in Berlin die Wahlwiederholung statt. Diese war notwendig geworden, weil es bei der vergangenen Wahl im Herbst 2021 zu massiven Unregelmäßigkeiten gekommen war. Abgestimmt wird darüber, welche Parteienbanner über der Stadt wehen. Viele Berliner graut Schwarz-Grün oder der Fortbestand der jetzigen Regierung Rot-Grün-Rot. In Opposition dazu befinden sich AfD, die Basis und die FDP, wobei letztere um den Einzug ins Landesparlament bangen muss. Viele Demokraten haben sich vom Parteienproporz gänzlich abgewendet und fühlen sich durch die Dubioswahl erneut mit Fragen konfrontiert, die sie in anderer Form beantworten wollen als durch Kreuzchen. Die Wahlbeteiligung in Berlin, ehemals Hauptstadt der DDR, lag zuletzt nicht mehr bei 99,7 Prozent. (hes)

WIELER: SCHULEN HÄTTEN NICHT SCHLIESSEN MÜSSEN

Hamburg/DW. Der noch auf freiem Fuß befindliche Chefpropagandist des Corona-Terrorregimes und Präsident des berüchtigten Robert-Koch-Instituts (RKI), Lothar Wieler (61, CDU), räumte in einem Interview mit der bestochenen Wochenzeitung *Die Zeit* vom Donnerstag ein: »Es gab nie nur die Alternative: Entweder wenige Tote oder Schulen offenhalten.« Wie zuvor bereits die Pharmalobbyisten Jens Spahn (CDU) und Sekundant Christian Drosten hat sich damit auch Wieler auf den Rückzug gemacht. Er habe lediglich »Empfehlungen abgegeben«, so der gelernte Tierarzt, der sein RKI-Spitzenamt abtritt. (ale)



Der HNO-Arzt Dr. Josef Thoma berichtet offen über Corona-Lügen und wird dafür von anonymen Behörden verfolgt und terrorisiert. Sie nennen das »Freedom« und »Democracy«. Und dafür sollen wir den Gürtel enger schnallen und die Ukrainer sterben? Foto: Videostill

Wir haben Namen und Gesicht – sie auch

Schluss mit der Anonymität der Schreibtischtäter

KOMMENTAR von Paul Brandenburg

Lars Fricke und Andrea Frohberg sind nur zwei von ihnen. Der eine ist Richter in Berlin, die andere Dezernentin der Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg. Beide sind sie Vollstrecker des Staatsterrors gegen Regimekritiker. Wie unzählige Mittäter im Staatsdienst begehen sie ihre Taten aus der Anonymität ihrer Behörden. Sie verstecken sich hinter »Stellenzeichen« und Amtstiteln. Damit muss Schluss sein. Wir müssen ihre Namen öffentlich machen. Vorher wird der Terror nicht enden.

Im Dezernat 44 der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg ist Andrea Frohberg zuständig für »Zuverlässigkeitsüberprüfungen« von Piloten. Im Behördensprech werden sie als ZÜP abgekürzt. Es handelt sich dabei um politische Gesinnungsprüfungen, die es in dieser Form unter den 193 Mitgliedstaaten der Zivilluftfahrtorganisation der Vereinten Nationen ausschließlich in Deutschland gibt. Eine solche ZÜP führten Frohberg und ihre Kollegin Pitters kürzlich bei einem Piloten durch, der für die Behörden viele Jahrzehnte als »zuverlässig« galt. Sie kamen aber diesmal zu dem Ergebnis, dass er nicht mehr zuverlässig sei und sie ihm seine Lizenz zur Führung privater Kleinflugzeuge sofort widerrufen müssten. Das Vergehen des Piloten Josef Thoma: Er äußerte seine Meinung.

EIN ARZT WIRD ZUM »PHÄNOMENBEREICH«

Josef Thoma ist nämlich nicht nur Pilot, sondern auch Arzt. Als solcher ist er der Ansicht, dass die sogenannten »Corona-Maßnahmen« der Bundesregierung eine Katastrophe waren, so wie es die aktuelle Datenlage bestätigt. Aber er geht noch weiter. Thoma bezeichnet das Handeln der Bundesregierung als das, was es ist: ein Kulturbruch. Dass Polizei und Behörden den Maßnahmenterror trotz offenkundiger Schädlichkeit für Gesundheit und Gesellschaft durchsetzten, vergleicht er mit den Zuständen in den Vorgängerdiktaturen dieses Landes. Seine Meinung trug der Arzt immer wieder in Interviews und Textbeiträgen vor – ruhig und sachlich. Weder rief er zu Gewalt auf, noch deutete er auch nur an, diese zu billigen. Weder hatte er sich je Straftaten zuschulden kommen lassen, noch war er Mitglied politischer oder ähnlich zweifelhafter Organisationen. Alles unerheblich, denn die beiden Behördenmitarbeiterinnen teilten dem Piloten ungeachtet dessen mit:

»Die Feststellung Ihrer Zuverlässigkeit wird widerrufen. Sie werden dem Phänomenbereich der ›Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates‹ zugerechnet. Hintergrund dieser Zuordnung sind Ihre regelmäßigen und systematischen Verächtlichmachungen des Staates und dessen Repräsentanten. Diese äußern sich insbesondere auch durch eine ständige, aggressiv-kämpferische Gleichsetzung der gegenwärtigen politischen Ordnung mit dem NS-Regime im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Auf Ihrem eigenen *Youtube*-Kanal haben Sie im Kontext der Ablehnung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie staatsdelegitimierende Videos eingestellt, welche zumeist von Ihnen selbst eingesprochen sind.

Weiterhin haben Sie dort auch einen ›Nachruf‹ zum amtierenden Bundesgesundheitsminister veröffentlicht, ein extrem verächtlichmachendes und ehrabschneidendes Video (von Ihnen eingesprochen). Auch auf Ihrer *Homepage* [...] haben Sie [...] die Berliner Polizei in eine Reihe mit Gestapo und Stasi eingestellt. Auf der Plattform ›rumble.com‹ haben Sie (in einem) Video [...] das Pflegepersonal zum Widerstand gegen die (berufsbezogene) Impflicht aufgerufen. In einem (anderen) Video haben Sie staatliche Repräsentanten u. a. als ›Diktatoren‹ und deren Handeln als ›Staatsterror‹ bezeichnet.«

DER INLANDSGEHEIMDIENST SITZT IN DER ZULASSUNGSSTELLE

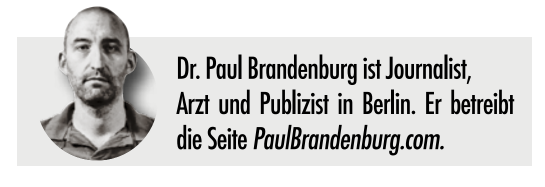
So hört sich lupenreiner Stasi-Sprech an, mit dem die Damen das »Urteil« vortragen, unter das sie ihren Namen setzten; freilich nur ihren Nachnamen. Es ist Schikane aus der Anonymität heraus, in schlechtester Tradition deutscher Terrorregime. Auf wiederholte Presseanfragen reagierten weder Frohberg noch Pitters oder ein Behördensprecher. Die Wirkung ihrer Tat ist unmittelbar: Der Privatpilot darf seinem Hobby nicht mehr nachgehen. Rund 20.000 Euro für die Ausbildung und ein gutes Jahr Flugtraining sind verloren. Besäße der Mann ein Flugzeug, er müsste es verkaufen.

Kann sich Thoma gegen solche Tyrannei wehren? Selbstverständlich: durch eine ebenso langwierige wie kostspielige Beschreitung des Gerichtsweges. Aber als Arzt und Pilot hat er doch offenkundig Geld. Kaum mehr als ein Ärgernis, oder? Auf dem Gerichtsweg hat Pilot Thoma gute Chancen, auf einen Richter wie Dr. Lars Fricke zu treffen, dieser ist Richter am Amtsgericht Berlin-Tiergarten. Er gewährt der Berliner Generalstaatsanwaltschaft auch dann Genehmigung zur Verfolgung von Regimekritikern, wenn sie zu diesem Zweck offenkundige Lügen vorträgt. Aber Privatpilotenlizenzen sind, ebenso wenig wie private Jagdscheine, nicht überlebensnotwendig und in den meisten Fällen purer Luxus. Genau aus diesem Grund wohl setzt der Staatsterrorismus hier an. Noch sind es private Zulassungen, die aus Schikane widerrufen oder gar nicht erst erteilt werden. Der Schritt zu Baugenehmigungen aber, zu Berufszulassungen und letztlich auch privaten Führerscheinen ist in der Behördenwelt winzig. Politisch drängt dieser Schritt sich geradezu auf, wenn ein »Klimaleugner« sein privates Auto partout nicht so verwenden möchte, wie die Regimeideologie es ihm vorschreiben mag.

GERICHTSVERHANDLUNGEN SIND ÖFFENTLICH

Wer gegen den Terror dieses Regimes jetzt nicht aufsteht, der wird alleine dastehen, wenn er dran ist. Daran, dass jeder an die Reihe kommt, der auf seine Würde besteht, kann kein Vernünftiger mehr Zweifel haben. Machen wir also endlich Schluss mit diesem Regimeterror, indem wir Schluss machen mit der Anonymität seiner Terroristen. Handlanger wie Lars Fricke und Andrea Frohberg genießen noch immer den Schutz der Anonymität. Charaktere wie sie oder Robert Kohly von der Generalstaatsanwaltschaft Berlin finden nur dann den Mut für ihre Komplizenschaft, wenn ihnen der Schutz der Anonymität gewiss erscheint. Weder vor der Öffentlichkeit, noch – viel wichtiger – vor ihren Familien oder Freunden müssen sie sich für ihre Untaten rechtfertigen. Ändern wir das. Machen wir ihre Namen endlich öffentlich, ihre Fotos. Erst recht dann, wenn sie Kollegen sind oder Kameraden! Dokumentieren wir diese Täter und ihre Taten in Wort und Bild, wo immer wir ihnen begegnen – für die freien, unabhängigen Medien und für eine künftige Aufarbeitung.

Sachdienliche Hinweise an den Autor gerne per Mail an mail@paulbrandenburg.com oder



Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite *PaulBrandenburg.com*.

Sie halten uns alle zum Narren!

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

Es ist wieder Karnevalszeit. Und in vielen Gegenden Deutschlands treiben die Narren ihr Unwesen, um in politisch-korrekten Kostümen dem bunten Alltag in Deutschland – zwischen Messerattacken, Insolvenzen und Inflation – zu entfliehen. Im Gegensatz zum deutschen Bundestag verschwinden die Karnevalsjecken spätestens Aschermittwoch wieder – die bösartigen Witzfiguren in Berlin bleiben hingegen so lange, bis wir sie endlich dort hinschicken, wo der Pfeffer wächst.

Haben Sie den großen Auftritt von Strack-Zimmermann und Bärbock in der vergangenen Woche gesehen? Beide Figuren des aktuellen Polit-Geschehens in Deutschland – Agnes Strack-Zimmermann (FDP und Waffen-Lobbyistin) und Annalena Bärbock (Grüne und Wortakrobatin) – traten beim traditionellen Aachener Karnevalsverein auf, der den »Orden wider den tierischen Ernst« seit 73 Jahren verleiht. Wer die Kontrolle über sein Leben bereits abgegeben und verloren hat und noch immer den Öffentlich-rechtlichen-Rundfunk (ÖRR) schaut, oder wer wie ich, einfach nachsieht, wie weit wir kulturell schon gesunken sind, konnte nur staunen. Entweder aus Verzweiflung oder vor Vergnügen.

UNKOMPOSTIERBARE SCHAUSPIELER VOLLENDEN DEN GLANZ

Wie es sich für eine ordentliche Propaganda-Show gehört, waren alle nötigen Vasallen bei der Karnevalssitzung dabei, um dem Ganzen einen verzweifelten Hauch von Glanz und Gloria zu verleihen. So moderierte die Hofberichterstatterin Sandra Maischberger neben dem neuen Präsidenten des Aachener Vereins durch den Abend. Anwesend waren ebenfalls weitere Politiker wie Lars Klingbeil (SPD) und Friedrich Merz, aber auch dauerhaltbare, unkompostierbare Schauspieler wie Iris Berben. Diese schien sich in Bärbock nahezu verschossen zu haben. Sie laudatierte über jene: »Intelligent, empathisch, aufrecht und mutig, humorvoll und attraktiv, ohne Gedöns darum zu machen.« Hmh. »Ohne Gedöns« kostet den Steuerzahlern übrigens 136.552,50 Euro für Visagisten, die jährlich für Bärbocks Aussehen investiert werden müssen.

STRACKULA IN DER ROLLE IHRES LEBENS

Den Rest der Reden, das Geseier, das Klatschen von falschen Claqueuren, die abgehalfterten Fressen und Fratzen – all das können wir uns sparen. Nur eine zeigte uns ihr wahres Gesicht, sie bestritt den Höhepunkt des Abends: Strack-Zimmermann. Ihre Rede war, wie üblich in der Bütt, ein verbaler Abrieb. Ihre Erscheinung, ihre Verkleidung jedoch, war unerwartet und passend, verlieh ihr nahezu Anmut und Reiz einer Schönheit aus der Unterwelt: Ihre weißen, glatten Haare standen ihr zu Berge, ihre Augen schwarz umrahmt, die Lippen dunkel-blutig getönt. Um ihren Schultern lag ein schwarzer Satin-Umhang, der Trompetenärmel mit violettem Futter trug, aus denen ihre weißen, knöchrigen Hände mit spitzen, langen, glitzernden Nägeln hervorblitzten. Was für ein Bild: Strackula ward geboren! Nie war sie besser als da!



Frau Strack-Zimmermann bei der Arbeit. Foto: Videostill

Hoch lebe Strackula!

Denn während uns die Machthabenden weiter und wieder fröhlich Demokratie vorspielen, laufen die Programme der Unterjochung im Hintergrund weiter. Der Klima-Wahnsinn dient dazu, uns nach der Corona-Lüge schon bald nichts mehr zu erlauben. Ein Beispiel dafür entdeckte ich neulich: die sogenannte *DO Black* Kreditkarte. Diese enthält ein Limit für den individuellen CO_2-Fußabdruck.

Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

DIE SOLIDARISCHE E-ROLLER-JUGEND

Am Benzinverkauf können die Städte nichts verdienen, wohl aber am E-Roller-Verleih, da spielt die Straßenverkehrsordnung eine untergeordnete Rolle. Soll der E-Roller die Jugend daran gewöhnen, was bald kommen wird: Du wirst nichts mehr besitzen, aber glücklich sein? | Kommentar von Gordon Pankalla

Der E-Roller soll, wenn es nach dem Willen der Grünen geht, Teil eines neuen Verkehrskonzepts werden, Studien zufolge bringt er für die Umwelt allerdings nichts, weil er vor allem für Strecken benutzt wird, die früher mit dem Rad oder zu Fuß bewältigt wurden.

Die Nachteile der E-Roller erleben wir täglich: Kreuz und quer stehen »Tier« und Co. auf den Fußgängerwegen. Selbst die Kleinsten fahren fleißig Roller: Die Kinder meiner neuen Nachbarn blockieren damit den Hausflur. Und draußen stapelt sich die Last der Zeitenwende in Form von *Cargo-Bikes*. Die Generation, die sich angeblich Solidarität auf die Fahnen geschrieben hat, ist immer nur dann solidarisch mit ihren Mitmenschen, wenn es ihre eigenen Interessen nicht tangiert. Und wenn man sie daran erinnert, dass auch sie sich an Regeln halten müssen, flippen sie aus.

GEGENSEITIGE RÜCKSICHTNAHME NUR IN AUSNAHMEN

Paragraph 1 der Straßenverkehrsordnung (StVO) besagt: »Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht. Wer am Verkehr teilnimmt, hat sich so zu verhalten, dass kein anderer geschädigt, gefährdet oder, mehr als nach den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt wird.« Das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme scheint für Rad- und E-Rollerfahrer aber nicht zu gelten. Sie parken, wie sie wollen, fahren mit hoher Geschwindigkeit auf den Fußgängerwegen, obwohl die Hälfte der Fahrbahn bereits Radweg ist, und die rote Ampel stellt für sie allenfalls eine unverbindliche Empfehlung dar.

Warum werden diese nervigen E-Roller nicht endlich verboten? Die zahlreichen täglichen Verkehrsverstöße sind unübersehbar. Aber aus Sicht der Städte ist die Antwort einfach: Sie verdienen bares Geld an den *Scooter*-Verleihern, da sie eine Sondernutzungsgebühr von den Unternehmen verlangen. Dagegen klagten die Verleiher nun vor dem Verwaltungsgericht Köln – und haben glatt verloren: Das Gericht ist der Ansicht, dass der Verleih von elektrischen Tretrollern durch die Gebühren nicht unwirtschaftlich werde. Wenn Geld zu machen ist, spielt die Verkehrsordnung keine Rolle mehr.

Nicht zu vergessen ist aber der Ideologie-Faktor. Wer mit Strom fährt, ist hip, modern und rettet das »Klima« – obwohl Fahrradfahren viel umweltfreundlicher ist. Das Leihmodell soll die Jugend zudem bereits an die Zukunft gewöhnen – ganz nach dem Motto: »Du wirst nichts mehr besitzen, aber glücklich sein.« Oder glaubt wirklich jemand, dass wir ab 2030 alle die Möglichkeit haben werden, unsere E-Autos aufladen zu können? Natürlich nicht, dies kann schon aufgrund des »Flatter-Stroms« aus den neuen deutschen Windmühlen nicht funktionieren. Ich bin mir sicher, dass man in der neuen *Smart-City* ein Fahrzeug nur noch anmelden kann, wenn man dafür einen Stellplatz mit Aufladestation hat, alle anderen werden kein eigenes Auto mehr fahren dürfen. Sie werden sich



Ärgernis: E-Roller blockieren Gehwege, ihre Fahrer begehen viele Verkehrsverstöße – und für die Umwelt haben sie auch keinen Nutzen. Foto: Pankalla

einen Wagen mieten müssen. Meinem Wissen nach folgt das CO_2 eigentlich der Erwärmung und ist daher nicht primär für steigende Temperaturen verantwortlich, aber *dank* diesem hat man nun ein Instrument gefunden, um die Menschen im Sinne der Umweltfreundlichkeit zu kontrollieren.

Nach dem CO_2-Handel der Staaten wird bereits darüber diskutiert, dass der Verbrauch nun auch pro Person gemessen werden soll. Klimaschutzminister Habeck möchte von der Diskussion zwar »jetzt« noch nichts wissen. Der Berliner Müsli-Mann, der den intelligenten Stromzähler verpflichtend machen will, wird aber bei Zeiten auch den privaten CO_2-Fingerabdruck einführen. Und wie wäre dieser besser kontrollierbar als mit einer App, die neben dem privaten Stromverbrauch im Haushalt dank *Smart Meter* auch den Verbrauch von E-Roller- und E-Autofahrten berechnen kann?

Die Grünen haben dem Kfz den Krieg erklärt. Ford Köln hat jetzt 3.200 Mitarbeiter entlassen. Diese mussten sich im vergangenen Jahr noch einer Gentherapie unterziehen, um überhaupt arbeiten zu dürfen.



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
AMBERG: Donnerstag ab 17 • Amberger Zeitung • Mühlgasse 2
AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BERLIN: Donnerstag ab 13 • ARD Hauptstadts. • Wilhelmstr. 67A
CHEMNITZ: Montag ab 18 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
FÜSSEN: Freitag ab 15 • Allgäuer Zeitung • Kaiser Max Platz 3
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich Ebert Str. 46
KEMPTEN: Montag 17.30 • BR Rundfunk • Hildegard Platz
KIEL: Donnerstag 16.30 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Rundfunk • Appellhofplatz 1
LANDAU: Donnerstag 15.30 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
LANDSHUT: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Altstadt 75
LÜBECK: Montag 17.45 NDR Media Docks Behnkai
MAINZ: Donnerstag 16.15 • ZDF Studio • ZDF Str. 1
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
MÜNSTER: Montag 16.30 • WDR Rundfunk • Mondstr. 144
NÜ-FEUCHT: Montag 18.45 • Demozug • Altdorfer Str.
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 16 • SR Saarland • St Johanner Markt
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Am Bahnhof 9
STARNBERG: Montag 18.30 • SZ Lokalredaktion • Kirchplatz
TÜBINGEN: Dienstag 17.15 • Schwäb.Tagblatt • Neckarbrücke
ÜBERLINGEN: Montag ab • 18 Südkurier • Hofstatt
WIESBADEN: Donnerstag 15.30 • Wiesb. Kurier • Langgasse 21
WÜRZBURG: Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Domplatz

IMMER MONTAGS!

ALFDORF, 18 Uhr, am Rathaus – ANNABERG, 19 Uhr, am Markt – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr, am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – COBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DOMBÜHL, 18:30 Uhr, am Marktplatz – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – ELLWANGEN, 18 Uhr, vor dem Rathaus – FRANKENBERG, 19 Uhr, am Markt – FRICKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – HAFFKRUG, 18 Uhr, Seebrücke – HALBERSTADT, 19 Uhr, am Domplatz – ILLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – JENA, 19 Uhr, am Holzmarkt – KAUFERING, 18 Uhr, am Bahnhof – KÖNIGSWINTER, 18 Uhr, am Rathaus – LANDSHUT, 18:30 Uhr, am alten Markt – LANGENSELBOLD, 18 Uhr, am Marktplatz – LANGENSTEINBACH, 18 Uhr, am Rathaus – MAMMENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – MARQUARTSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – MUNDERKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – NEUMÜNSTER, 18 Uhr, am Rathaus – OCHSENFURT, 18 Uhr, am Rathaus – OSTERRÖNFELD, 17:30 Uhr, am Bürgerzentrum – PAUNZHAUSEN, 19 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 11.2.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 11.2.2023 13-16.50 Uhr	Berlin, Alt-Friedrichsfelde 52	Autokorso
Sa, 11.2.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 11.2.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Aufzug
Sa, 11.2.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 11.2.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 11.2.2023 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 11.2.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 11.2.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 11.2.2023 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 11.2.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 11.2.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 12.2.2023 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 12.2.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 13.2.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 13.2.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 13.2.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 13.2.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 13.2.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 13.2.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 13.2.2023 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 13.2.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 13.2.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 13.2.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob- Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 13.2.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 13.2.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.2.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 13.2.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 13.2.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 13.2.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 14.2.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 14.2.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 14.2.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 14.2.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 14.2.202319-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 15.2.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 15.2.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 15.2.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 15.2.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 15.2.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 15.2.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 15.2.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 15.2.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 16.2.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 16.2.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 16.2.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 16.2.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 16.2.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 16.2.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 16.2.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 16.2.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 17.2.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 18.2.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 18.2.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 18.2.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 18.2.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 18.2.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 18.2.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 18.2.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 18.2.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 18.2.2023 14-18 Uhr	Berlin, Alexanderstraße 1	FRIEDENSDEMO
Sa, 18.2.2023 14-18 Uhr	Dortmund, Am Mengede Platz	FRIEDENSDEMO
Sa, 18.2.2023 13-20 Uhr	München, Königsplatz	FRIEDENSDEMO
So, 19.2.2023 16-20 Uhr	München, Tizianstraße 18,	Konzertabend
Mi, 22.2.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Sa, 25.2.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Mi, 1.3.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
So, 5.3.2023 14:30-17 Uhr	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Demoaufzug
Sa, 25.3.2023 15-19 Uhr	Berlin, Rosa-Luxenburg-Platz	JUBILÄUMSDEMO
Sa, 1.4.2023 13-18 Uhr	Göttingen, Bahnhofsplatz	Kundgebung

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



WIR BENÖTIGEN EURE HILFE

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Lars Oberndorf und Bernd Bayerlein

Liebe Freunde der Freiheit, der Verein Polizisten für Aufklärung e. V. wendet sich mit einem großen Anliegen an Euch. Nahezu der gesamte Vorstand und weitere »Bürger in Uniform« sehen sich Disziplinarverfahren ausgesetzt, weil sie intern oder öffentlich Kritik an den Corona-Maßnahmen und den damit verbundenen Einschränkungen und Folgen übten.

Sie haben dadurch sowohl gravierende dienstliche als auch finanzielle Nachteile erlitten. Der eine oder andere ist sogar schwer erkrankt. Alle sind suspendiert, bei den meisten ist die Dienstenthebung bereits verfügt oder im Gange, was heißt, dass seitens des Dienstherrn eine Entlassung aus dem Staatsdienst angestrebt wird. Dazu kommen empfindliche Gehaltskürzungen. Es steht also sehr viel auf dem Spiel.

Wir vertreten die Meinung, dass die Sanktionierten ausnahmslos mit Recht und ihrem Diensteid verpflichtend gehandelt haben, so wie es von »Bürgern in Uniform« erwartet wird. Ziel war es immer, dass die Betroffenen bestmöglichen Rechtsschutz erhalten, um den Rechtsweg durch die Instanzen gehen zu können – nicht zuletzt auch deshalb, da die Verfahren sicher von historischer Bedeutung sind.

DIE BETROFFENEN KÄMPFEN UM IHRE EXISTENZ

Auch sollten alle Außenstehenden ein Recht darauf haben, Infos und Details aus den Verfahren zu erlangen. Deshalb bitten wir jeden, der auch nur einen kleinen Geldbetrag entbehren kann, uns zu unterstützen. Wir haben uns mit Schenkungsaufrufen bislang sehr zurückgehalten, jedoch liegt uns dieser nun besonders am Herzen, denn die Betroffenen kämpfen um ihre Existenz.

Die zu diesem Aufruf eingehenden Gelder werden ausschließlich zur Deckung der Prozesskosten eingesetzt, also Anwalts-, Gerichts-, Reise- und Gutachterkosten. Die Schenkungen dürft Ihr bitte an die unten angegebene Bankverbindung unseres Kooperationspartner Mutigmacher e. V. überweisen. Wir arbeiten seit mehr als zwei Jahren absolut vertrauensvoll mit den Mutigmachern zusammen. Etliche aus unseren Reihen haben in dieser Zeit schon wertvolle Unterstützung von dieser Hilfsorganisation erhalten.

Kontoinhaber: Mutigmacher e.V.
IBAN: DE76 7009 3400 0000 0033 36
Verwendungszweck: »Verfahren mutige Polizisten«
Weitere Infos unter:
https://echte-polizisten.de/news
https://mutigmacher.org/spenden

Herzlichst
Lars Oberndorf (1. Vorsitzender)
Bernd Bayerlein (2. Vorsitzender)

AUF DIE ZWÖLF

Der Musiker Björn Banane geht mit »Impfschaden« in die Offensive | Von Hendrik Sodenkamp



Björn Banane, Arne Schmitt und Thomas Brauner rocken das Regime weg. Foto: Georgi Belickin

Es ist kalt geworden, der Himmel ist verhangen und in mehreren Stunden wird es regnen, pausenlos. Ein Januartag im besten Deutschland, das es je gegeben hat. Am Autofenster zieht endlos Brandenburger Kiefernwald vorbei, ein Bauzaun wird passiert, Kopfsteinpflastergehoppel und dann steht sie da, die ehemalige Heilluftstätte Grabowsee. Hier, wohin der Musiker Björn Banane eingeladen hat.

Der Ort hat es in sich. Wikipedia gibt bekannt, dass es sich bei dem Ort um ein altes Medizinexperiment handelt: Sind märkische Kiefernwälder mit ihrer harzreichen Luft für Lungenkranke ebenso heilsam wie Grand Hotels in den Alpen oder Seebäder auf Sylt? Im Gegensatz zur Impfe kein Mörderexperiment. Nach dem Zweiten Weltkrieg diente der Ort als Militärlazarett für die Rote Armee bis diese, anders als die US-Amerikaner, 1992 abzog. Seitdem verfallen die Gebäude. Auf dem passierten Bauzaun hat der Geländebetreiber ein Plakat angebracht. Ein Zeitungsartikel ist darauf abgebildet, indem der Betreiber darum wirbt, dass der PC-Rentner und Impfguru Bill Gates das Anwesen aufkauft, um es »nachhaltig« zu betreiben. Hier also wird Björn Banane sein neues Musikvideo drehen: »Impfschaden«. Die Szenerie ist wuselig. Alles ist professionell aufgebaut: Die Bühne ist ausgeleuchtet, der Kameramann schreitet noch die Kamerafahrten ab, die Maskenbildner sind in ihrem Element und malen Gesichter im Farbton gespensterblass. Dann geht es los: Rammstein-Gitarren dröhnen durch den Saal. Ab geht's.

HIER SPIELT DIE MUSIK

Björn Banane ist Vollprofi. Seit 20 Jahren verdient er seinen Lebensunterhalt als DJ, Entertainer und Sänger. 2019 noch tourte er durch Großraum-Diskotheken in Deutschland, machte Karnevalsfeiern und Ballermann mit Songs wie: »Bier-, Bier-, Birgitt/ ich bring Dir noch ein Bier mit«. Dann kam Corona, die Maßnahmen, der Regierung und das Auftrittsverbot. Am 11. November 2020 geht er zum ersten Mal auf eine Demonstration, um zu gucken, wer die Leute sind, die gegen die Coronamaßnahmen demonstrieren, Maßnahmen bei denen er selber ein schlechtes Gefühl hat. Es ist die Demonstration am Brandenburger Tor gegen das neue Infektionsschutz. Er kommt an und aus einem Polizeibus springen 25-jährige Polizeischüler, die eine ältere Dame mit einem Schild zu Boden werfen: »Frieden, Freiheit, Demokratie«. Seitdem wusste er, wo er hingehört, sagt er später.

Auf der Demonstration lernt er den Pianisten Arne Schmitt kennen, der dort an seinem mitgebrachten Konzertflügel sitzend von einem Wasserwerfer beschossen wird und der mit ihm später sein neues Album aufnimmt. Eine Woche später trifft er den Busfahrer Thomas Brauner bei einer Demo in Leipzig. Sie finden sich in einem Polizeikessel und verstehen sich irgendwie sofort: Buddies. Und los geht's. Brauner schickt ihm ein paar Melodien aus seinem Computer und der erste Song der beiden entsteht.

2021, 2022 und 2023 touren die beiden oder drei durch die Republik und bringen einen Song zum Coronaregime nach dem anderen heraus. 20 bis 30 Stück sind es mittlerweile. Nachdem der Arzt Bodo Schiffmann über einen Song von ihnen berichtet, geht es ab. Die beiden erfinden ein neues Genre: den Politschlager. »Wir fahr'n nie wieder mit dem Bus, Bus, Bus, weil man da Maske tragen muss, muss, muss«, »Das ist der Rechtstaat/ weil er immer recht hat«, »Wir sind die Rote Linie, an uns kommt keiner vorbei«. Als Michael Ballweg am 29. Juni 2022 verhaftet wird, schreibt Banane innerhalb von nur 17 Stunden einen Solidaritätssong, produziert ein Video und veröffentlicht es. Das hat ihm noch keiner in der Demokratiebewegung nachgemacht. Er zieht es durch.

DA WAR HEINO BRAUNER

Die Melodien sind einfach, die Texte klar, sofort ist die Menge am Kochen und die beiden liefern große Show, Selbstironie inbegriffen. Kein Rumgenöle und kein Rumgeeier, sondern voll auf die Zwölf. Schlager eben, aber mit viel Gitarren. In besseren Zeiten hätten man auch sagen können: Das ist Fun-Punk. »Ich habe viel Tote Hosen aber auch Die Ärzte gehört«, sagt Banane »jetzt bin ich enttäuscht, dass ausgerechnet die uns an die Regierung verraten haben.«

In der Lungenheilanstalt ist der Sound härter: »Impfschaden« ist Rock, soll provozieren. »Es geht um Aufmerksamkeit. So, dass das Thema nicht mehr totgeschwiegen werden kann.« Banane springt mit Joker-Schminke über die Bühne, liefert für die Kamera ab. Man merkt ihm an, dass die Verleumdung des Regimes ihm in den Knochen sitzt.

Bei einem Konzert in Bamberg im Dezember 2021 hatte irgendein Facebook-Nutzer ein Foto aufgenommen. Thomas Brauner der Busfahrer soll auf der Bühne den Arm gehoben haben. Na klar: Hitlergruß. »Schwachsinn«, sagen Banane und Brauner unisono. Das Verleumdungskarussel läuft an, Lokaljournalisten wittern einen Skandal und haben Spaß daran, auszuschlachten, dass die Vorfahren von Brauner eben Brauner hießen und nicht Schwarzer. Man will Nazis sehen. Und zwar nur da, wo keine sind. Seitdem macht der Staat, seine Vertreter und seine Behörden inklusive von Fake-Antifa-Gruppen Hatz auf sie. Sie waren anscheinend einfach zu erfolgreich.

EHRLICHKEIT STATT VERBRECHEN

Die genauen Orte seiner Konzerte gibt Björn Banane jetzt nur noch 24 Stunden vorher auf seiner Internetseite bjoern-banane.com bekannt. »Sonst kommt direkt das Ordnungsamt und will beim Veranstaltungsort bauliche Mängel, fehlende Genehmigungen oder sonst irgendetwas gefunden haben.« Bei einem Auftritt im Brandenburger Falkensee, schaltete sich der Kleinstadtbürgermeister, Heiko Müller (SPD) mit Namen, ein und drohte dem Veranstalter: »Wenn der Nazi Banane auftritt, dann kein Saal für Dich.« Der Veranstalter knickt ein, wie viele andere.

Für einen Musiker, mit Frau und Kind bedeutet das einiges. Anders als die Anwälte der Bewegung hat er nichts versprochen, sondern einfach gemacht. Keine falschen Hoffnungen, kein Betrug, sondern einfach eingängige Songs, die Menschen zusammenbringen und sie feiern lassen. Wie es für Banane, Brauner und Schmitt weitergeht? Touren, Konzerte, das Album »NeuAnfang« mit den Menschen feiern. »Meine Besucher sind für mich keine Fans, sondern Wegbegleiter, das macht die Konzerte so geil«, sagt Björn Banane. Und das klingt bei ihm überhaupt nicht schmalzig anbiedernd, sondern einfach wie die Wahrheit.

Das Video zu Impfschaden erscheint am 14. Februar 2023 auf bjoern-banane.com. Dort gibt es auch Informationen zu Konzerten und das Album »NeuAnfang«.

AUFSTEHEN!

Wolfgang Effenberger, ehemaliger Major d. R., ist zutiefst besorgt um das (Über)-Leben der Menschen in der Mitte Europas und richtet folgenden Aufruf an sie:

»Bei einer Vielfalt gesellschaftspolitischer Ansichten werden wir von der gemeinsamen Überzeugung getragen, dass unsere Welt zu keiner Zeit seit der Kubakrise 1962 so nah an der Katastrophe war. Wenn der gegenwärtig in den Massenmedien geschürten wahnhaften Kriegsbegeisterung nicht effektiv entgegengewirkt wird, besteht die große Gefahr, dass der Ukrainekrieg zum Einsatz von Atomwaffen in Europa führt. Die vielschichtigen Konfrontationen zwischen den Kräften, die eine unipolare Weltherrschaft anstreben und denen, die für eine multipolare Weltordnung sind, haben bereits verheerende Verwüstungen (u. a. in Irak, Afghanistan, Syrien) verursacht. Die seit 2014 bestehenden militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine stellen einen Teil dieser weltweiten Entwicklung dar ... Wir erheben unsere Stimme für sofortige Friedensverhandlungen und gegen die Kriegstrommler... Unser Schicksal steht auf Messers Schneide! Nun kommt es darauf an, durch vielfältige Aktionen dem allgegenwärtigen Kriegsgetrommel aufklärend entgegenzuwirken.»

Zu den Unterzeichnern zählen auch Arzt und Publizist Amir Mortasawi sowie die Soziologin und Pädagogin Ute Sauthoff.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

BESTANDS=
AUFNAHME



BESTANDSAUFNAHME #6

- ANNALENA IST JETZT KRIEGSPARTEI
- WER BEFREITE AUSCHWITZ?
- USA BEENDEN CORONA ZUM MAI 2023

Dienstagmittag, 31. Januar 2023 in Straßburg. Annalena Bärbock hält eine Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg und erklärt Russland auf Englisch in der Live-Übertragung den Krieg: »We fight a war against Russia and not against each other«, zu Deutsch: »Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland und nicht gegeneinander.«

K.S.S.: Wie hast Du das aufgenommen, als sie das verkündet hat?
A.L.: Ich dachte zunächst, unsere hochgeschätzte und hochbegabte Außenministerin, Frau Annalena Bärbock, hat das jetzt im AStA der Universität Hannover verkündet. Dort sitzend, irgendwo im Audimax, durch die Reihen schauend, nicht mehr viele da ... und so nölte sie ins Mikro und drehte sich passiv-aggressiv weg – und uns hinein in ihre Kriegserklärung, als wäre es so das Übliche in einer Sitzung im Allgemeinen Studierendenausschuss. Ich kann nur für meinen Teil sagen: Ich bin nicht Kriegspartei gegen Russland und ich war auch schon nicht einverstanden mit Waffenlieferungen und den Kriegskrediten, die Sondervermögen genannt werden. Aber sie möchte jetzt wirklich kämpfen gehen.

K.S.S.: Ich verstehe, dass Du das noch irgendwie mit Humor zu nehmen versuchst, das ist vermutlich die einzige Methode, mit der man das kompensieren kann, wenn man schockiert ist. Ich möchte gern etwas ernsthafter werden. Wir hatten es ja in den vergangenen Jahren zu tun mit Regierungen, die so dumm sind, dass ihre Korruption sofort auffiel. Dann hatten wir es mit Regierungen zu tun, bei denen man sich dachte: So wenig Bildung, wie kommt so jemand in ein Ministeramt? Aber jetzt haben wir es mit einer Regierung zu tun, die wirklich gefährlich wird. Da hört der Spaß einfach auf. Ich glaube, die Frau weiß überhaupt nicht, was das bedeutet.

Wir waren als Deutschland ja schon einmal Kriegspartei gegen Russland. Das ist nicht so richtig gut ausgegangen – für beide Seiten nicht. Wir haben Millionen russische Bürger dahingerafft. Das haben die Russen bis heute nicht vergessen. Schließlich standen russische Panzer auf deutschem Boden und blieben auch für vier Jahrzehnte ... Nachdem wir mit Willy Brandt eine Friedensphase eingeläutet hatten und friedvoll miteinander umgegangen sind, und nachdem wir alle geschafft hatten, den Kalten Krieg zu überleben, setzt sich Bärbock da jetzt hin und erklärt Russland den Krieg. Ich halte das für brandgefährlich. Man stelle sich nur mal vor, die Russen würden diesen Fehdehandschuh tatsächlich aufgreifen: So, dann lass uns doch mal wieder Kettenfahrzeuge Richtung Deutschland schicken! Ich glaube, dass kein Land in der Lage wäre, das aufzuhalten – es sei denn, man würde die nukleare Karte ziehen. Wenn man sich anschaut, dass die Verteidigungsministerin Lambrecht gehen musste wegen ihres albernen Silvestervideos, dann muss es jetzt auch Zeit sein, zu sagen, dass diese untragbare Außenministerin gehen muss.

Mehr Bestandsaufnahme über *Apolut.Net* sowie *DemokratischerWiderstand.de/Presseklub*



»Für mich gibt es kein Zurück mehr!«

Krankenschwester Sabrina Kollmorgen wurde übel gemobbt und zog die Konsequenzen.



Krankenpflegerin Sabrina Kollmorgen klärt über die Spritzentode auf. Foto: Friedlichzusammen

DW: Frau Kollmorgen, Sie wurden vom DW bereits mit dem »Preis der Republik« (Ausgabe 89) ausgezeichnet. Bitte stellen Sie sich dennoch einmal kurz unseren Lesern vor!
Sabrina Kollmorgen: Ich bin 49 Jahre, komme aus Berlin, bin gelernte examinierte Krankenschwester und inzwischen auch politisch aktiv – für die Partei Die Basis als Direktkandidatin für meinen Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf.

DW: Wie sind Sie mit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht umgegangen?
S.K.: Ich habe mich, so lange es ging, der Anordnung zur Impfung widersetzt. Anfang Februar 2022 gab es dann ein letztes Gespräch mit meinem Vorgesetzten, in dem ich vor die Wahl gestellt wurde: Impfung oder Trennung! Ich entschied mich, die Kündigung anzunehmen, aus meinem Beruf auszusteigen und bin auch nicht juristisch dagegen vorgegangen. Parallel hatte ich für eine *Leasing*firma auf Honorarbasis gearbeitet, wurde als Ungeimpfte dann aber von den Berliner Kliniken auch nicht mehr gebucht. Die Konsequenz war ein Auflösungsvertrag.

DW: Die einrichtungsbezogene Impfpflicht ist zum Jahresende 2022 ausgelaufen. Möchten Sie nun wieder in Ihrem alten Beruf arbeiten?
S.K.: Ich war seit 1993 mit Leib und Seele, mit Herz und Verstand Krankenschwester. Aber es gibt in diesem System, in dem das möglich war, was ich erlebt habe, für mich kein Zurück mehr. Ich kann mit den Kollegen, die mich so schlecht behandelt, beleidigt, beschimpft, diskriminiert, meine Arbeit und mein Fachwissen in Frage gestellt haben, einfach nicht mehr zusammenarbeiten. Das ist unmöglich. Das Vertrauensverhältnis ist unwiderruflich zerstört. Aber nicht nur das: Meine Berufsgruppe hat Patienten, die sich uns anvertraut haben, massiven Schaden zugefügt. In meinem Beruf geht es um Moral und Ethik und darum, für die Menschen da zu sein. Aber man hat völlig konträr gehandelt. Einen Weg zurück könnte es für mich nur geben, wenn das komplette Gesundheitswesen reformiert wird. Krankenhäuser dürften nicht länger profitorientierte Wirtschaftsunternehmen sein. Die Gesundheit müsste für jeden Patienten unabhängig von seiner Krankenkasse und seinem Geldbeutel an erster Stelle stehen.

DW: Auch andere Berufsgruppen wie Polizei und Feuerwehr wurden instrumentalisiert. Der Widerstand innerhalb dieser Institutionen hielt sich jedoch offenbar sehr in Grenzen. Wie erklären Sie sich das?
S.K.: Ob Polizisten, Feuerwehrleute, Rettungsdienstsanitäter und Bundeswehrsoldaten – sie alle wurden sogar noch mehr unter Druck gesetzt als wir in den Pflegeberufen. Das ist der Grund, warum der Aufschrei dort entsprechend deutlich leiser ausfiel. Wir konnten ja teilweise auch ohne Impfung weiterarbeiten. Klar, es gab Betretungsverbote, auch Bußgelder wurden verhängt. Ich kenne einen Fall, der ist unglaublich: Noch am 9. Dezember 2022, also wenige Tage vor dem Auslaufen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht, wurde ein Betretungsverbot für eine Mitarbeiterin im Gesundheitsamt ausgesprochen. Ohne Worte! Und der Druck hält bis heute an.

DW: Was machen Sie jetzt?
S.K: Mir ist die Aufklärung über die Wirkungen der Spritze wichtig, und dass sie endlich verboten wird. Deshalb organisiere ich in Berlin regelmäßig und an wechselnden Orten den Corona-Pressespiegel. Nach der Idee von Peter Ganz hängen wir dort auf Straßen und Plätzen Medienberichte zu Impfschäden aus. Das bringt viele zum Nachdenken. Außerdem bringen ich Menschen aus vielen Bereichen zusammen, um Demonstrationen und Aktionen zu organisieren. Vor allem wir Pfleger, aber auch Polizisten, Lehrer, Ärzte und Soldaten wurden in den vergangenen Jahren von der Politik instrumentalisiert und sehr viele aus diesen Bereichen sind damit nicht einverstanden. Das muss endlich öffentlich werden.

DW: Frau Kollmorgen, vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Hendrik Sodenkamp.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

KLEINANZEIGEN IM DW FÜR KONTAKT ZU GLEICHGESINNTEN

Liebes *DW*-Team, vielen Dank für Eure wertvolle Arbeit, deren Resultat eine vielstimmige Wochenzeitung aus dem Widerstand für den Widerstand ist – fantastisch! Ihr habt mehr als genug zu tun, deswegen fasse ich mich kurz: Als »Landei« vermisse ich eine Möglichkeit, andere kritische Menschen kontaktieren zu können.

Alles, was ich früher genutzt habe, taugt heute nicht mehr – in der Regel melden sich systemkonforme Menschen, was mich frustriert. Deswegen – ich bin wahrscheinlich nicht die Erste, die danach fragt: Wie wäre es mit einer Rubrik »Kleinanzeigen« im *DW*? Ist das möglich und für Euch von Interesse? Vorausgesetzt ich kann dies von zu Hause aus erledigen, wäre ich bereit, bei der Realisation dabei zu sein – ein paar Stunden pro Woche unentgeltliche Arbeit biete ich hiermit an. Ich habe mir dazu schon einige Gedanken gemacht – und gänzlich unerfahren bin ich auch nicht. Also, wenn es möglich und interessant ist, meldet Euch gerne bei mir.
– Nalud, Neuenkirchen

IM NEUTRALEN BRIEFUMSCHLAG

Seit Langem unterstütze ich verschiedene demokratische Widerstandsinstitutionen. Dies möchte ich auch mit Ihrer Zeitung machen. Leider habe ich ein Problem, das ich immer im Auge halten muss. Ich habe im öffentlichen Dienst gearbeitet und bin nun im Ruhestand. Da ich durch meine Pension abhängig von meinem Dienstherren bin, muss ich achtsam in meinen Handlungen sein. Daher würde ich gerne von Ihnen wissen, wie Sie Ihre Zeitung an den Kunden bringen?
– Anonym

AUF DEM SCHIRM

- RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand


Drei Lebensphasen: Die FDP-Kriegslobbyistin Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Fotostrecke: Pro Bono Originals

Strackzi und Babsi machen Front

»Feministische Außenpolitik«? Kriegstreiberei und Nato-Bombenterror! Eine rüstungspolitische Einführung in das »Schaffen« der deutschen Rüstungspolitikerinnen Marie-Agnes-Strack-Zimmermann (FDP) und Annalena Bärbock (Bündnisgrüne).

Wie schwer war ihre Kindheit? Ihr Vater war Aufsichtsratschef der Commerzbank. Im Düsseldorfer Reichenviertel Meerbusch wechselte Marie-Agnes Strack-Zimmermann mehrfach die Schule. Zwischenzeitlich folgte sie ihrem Vater mit der Familie in die USA. Im Studium soll sie alle Bände der Kinderbuchreihe »Was ist was« auswendig gelernt haben. »Der Band Nummer 15: Dinosaurier! Der Band Nummer eins ist die Erde!«, prahlte sie noch am 22. November 2021 im TV-Sender RBB.

Als Verlagsvertreterin tingelte sie durch die Buchläden der Republik, um diese Reihe zu verkaufen. Eigentlich kein schlechter »Job«. Abgesehen von ihrer FDP-Mitgliedschaft blieb Strack-Zimmermann ein Mauerblümchen, jedenfalls war sie noch keine Gefahr für die Öffentlichkeit. 2008 wurde sie stellvertretende Oberbürgermeisterin der Stadt Düsseldorf. Als die FDP 2017 wieder in den Bundestag einzog, nahm sie Strack-Zimmermann mit, um überhaupt eine Frau in den eigenen Reihen aufbieten zu können.

Ohne Expertise, außer jener, dass in ihrem Wahlkreis der Rheinmetall-Konzern ansässig ist, wurde sie zur Rüstungsexpertin befördert. Sie trat in der Folge der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik bei, dem Förderkreis Deutsches Heer – und allen anderen Lobbyorganisationen und transatlantischen Kriegsnetzwerken, die die BRD-Gegenwart aufzubieten hat.

WIMPEL IN NATO-SUMPF GEHÄNGT

Was ist was? Noch im Jahr 2021 hatte die kantige Dame erklärt, der »Konflikt in der Ukraine ist nicht mit Waffen zu lösen«. Dieser Standpunkt änderte sich, wie üblich »mit den Herausforderungen«. Doch was haben wir Deutschen eigentlich mit der Ukraine zu schaffen? Das leuchtete womöglich auch »Strackzi« nicht ein; zunächst wollte sie »kein schweres Waffengerät« schicken: »Stellen Sie sich mal vor, wir würden 50 Panzer verladen und nach Osten verschicken, was dann zurecht in der Öffentlichkeit los wäre« (TV-Sender Phoenix, 27. Januar 2022)

Doch der Krieg wird unbedingt gewollt, um den technischen Bankrott des US-Finanzmarktkaputtalismus und die weltweite Verwertungskrise zu überlagern. Die Corona-Lüge flog zu schnell auf, nun muss die Ukraine in Schutt und Asche gelegt werden. Die Liberale fiel um und hängte den Wimpel in den Sumpf der Nato-Lobby. Doch nicht genug mit der deutschen Panzerlieferung an die Ostfront: »Die Wehrpflicht wieder einführen?« Am 5. August 2018 hatte Strack-Zimmermann das in einem Beitrag für die *Online*-Seiten ihrer Partei als »absurden Vorschlag« bezeichnet und abgelehnt. Am 31. Januar 2023 erklärte sie in der Wochenzeitung *Die Zeit* das Gegenteil: »Wiedereinführung der Wehrpflicht möglich!«

Das Konzept der »Bürger in Uniform«, das 1957 gegen große Widerstände im Volk wieder eingeführt worden war, galt auch als Absicherung gegen verbrecherische Befehle. Ein Jahr später, 1958, wurde dann die kleine Marie-Agnes geboren, mitten hinein in die Wiederbewaffnung der BRD. Doch: Ein Bürger in Uniform ist immer noch ein Bürger – und haut sprichwörtlich lieber in den Sack, als sich zum Beispiel in ein zweites Stalingrad treiben zu lassen. Die verheerende Niederlage der deutschen Wehrmacht beim Angriffskrieg auf Russland jährte sich am 2. Februar 2023 übrigens gerade zum achtzigsten Male.

Heute kämpfen in der Ukraine kaum noch Ukrainer, sondern vor allem Söldner, die zuvor noch in Nato-Armeen gedient hatten. Die haben nur die Uniformen und den Arbeitgeber gewechselt, erläuterte Markus Reisner. Reisner ist Offizier des österreichischen Bundesheeres und in den zurückliegenden Monaten bekanntgeworden durch seine vergleichsweise sachlichen Analysen des Stellvertreterkrieges von USA und England einerseits und der Russischen Föderation andererseits in der Ukraine.

Reisner stellte am 23. Januar 2023 ebenfalls klar: »Der Panzer ist eine Offensivwaffe!« Unter dem medialen Trommelfeuer der Nato-Propagandamedien hatte das BRD-Regime gerade verkündet, den Leopard 2 ins Kriegsgebiet exportieren zu lassen (DW berichtete). Damit hat sich die BRD von einem 78 Jahre lang durchgehaltenen Gesetz, keine Angriffswaffen in Kriegsgebiete zu liefern, verabschiedet. Der Hintergrund: Ein windiges Zusammenspiel von US-Tiefem-Staat und einigen transatlantischen Kriegstreibern in Warschau, die mit der Forderung nach 1.300 Milliarden Euro Kriegsreparationen an die BRD und ständigem Monieren der letzten Zurückhaltung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hausieren gegangen waren. Am Ende muss alles geliefert werden, weil das »permanente Washington« diesen Weltkrieg nunmal will. Kaum war die Leopard-Erlaubnis erteilt, wurde der Ruf nach Kampfbombern laut.

»KILLARY« VERSUS TRUMP

Strack-Zimmermann ist bei solcherlei Kriegstreiberei vorn dabei und nicht allein. Die deutsche Außenministerin Annalena Bärbock (Bündnisgrüne), die das Junge-Globalführer-Programm des neofaschistischen Konzernklubs »Weltwirtschaftsforum« durchlaufen hat, erklärte am 31. Januar in einer Straßburger Sitzungshalle – launig aber pflichtbewusst: »Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland!« (Wörtlich: »Because we are fighting a war against Russia« – geäußert in der Straßburger Parlamentarischen Versammlung mit Live-Übertragung.)

Im Regenbogen-Gewand der Nato, die das letzte Deckmäntelchen des am eigenen Abgrund stehenden US-Imperiums ist, zeigt auch die »Feministische Außenpolitik« ihre wahren Gesichter. Wer sich bei den schießwütigen Frauen »Strackzi und Babsi« noch fragt, was Millionen Amerikaner und Milliarden von Menschen weltweit an Donald J. Trump an der Spitze der USA gut leiden konnten, der sei hiermit aufgeklärt: Der skurril erscheinende TV-Onkel und pompöse Inkarnation des Amerikanischen Traumes von Cabrios und Casinos – Trump – war der erste US-Präsident seit James Carter vor vier Jahrzehnten, der keinen einzigen Angriffskrieg begonnen hatte. Kaum war ab 6. Janaur 2021 die »Killary«-Clique mit Joseph Biden unter dubiosen Umständen und zurecht bezweifelten Wahlvorgängen ins Amt gehievt, ging das US-Weltunterwerfungsprogramm weiter.

Unter der Corona-Lüge war die Logik die eines Mafia-Paten. Mit dem Orwell'schen PR-Slogan »bleiben Sie gesund!« wurde ein zutiefst giftiges und massenhaft tödliches Angebot unterbreitet, das nicht abgelehnt werden konnte. Mit der Weltkriegstreiberei dürfen wir nun bestaunen, wie uns Frauen »Opfer« abverlangen. Aber es soll ja Männer in Uniform geben, die noch wissen, wie man »Nein« sagt. Und dann können die Regenbogenkriegerinnen ja selber an die Front zum kämpfen gehen.

Anselm Lenz mit Material von Friedrich Küppersbusch


Foto: Bundeswehr

»WER WIRD DAS GELÄNDE NUTZEN?«

Am 1. November 2017 erklärte Bundeswehr-Militärpfarrer Andreas Kölling im Interview mit Anselm Lenz zur Neueröffnung der Häuserkampfanlage »Schnöggersburg« in Sachsen-Anhalt Folgendes: »Nach meiner Information sind das vor allem Bundeswehr-Soldaten, die sich auf ihren Auslandseinsatz vorbereiten. Aber gegebenenfalls auch Soldaten anderer Nationen. Es ist eine sehr große und beeindruckende Anlage. Ich kann den militärischen Wert aber nicht beurteilen, weil ich nie Soldat gewesen bin. Ich weiß, was man uns sagt: Dass sie für Einsätze im urbanen Bereich wichtig ist. Ich glaube, dass es wichtig ist, die Soldaten dafür zu sensibilisieren, was ein Ernstfall bedeutet: Dass ich dort auf kurze Entfernung Menschen begegne, die ich vielleicht verletze oder töte...«



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

EIN DANK AN DIE POLITIK

Das nennen wir dann wohl den schleichenden Wohlstandsverlust. Es ist wie mit der Mehrwertsteuer, bei der ebenfalls viele – zugegeben: auch mittelständische Unternehmer – bis heute nicht verstanden haben, dass es lediglich ein durchlaufender Posten ist.

Um 4,1 Prozent sind die Reallöhne in 2022 gesunken – dies ist der dritte Rückgang in Folge! Womit wir alle wieder auf dem Niveau von 2014 sind. Aber gut gemacht, denn noch nie – auch im gesamten zurückliegenden Jahrhundert nicht – waren gleichzeitig die absoluten Beträge auf den Lohnzetteln so hoch wie 2022. Die Kaufkraft geht sozusagen geplant gewollt an den Hintern. Macht nichts, Solidarität und natürlich unsere Gesundheit gehen zusammen über unseren Wohlstand. Zumindest könnte man das meinen, wenn man sich den Querschnitt unserer medial für dumm verkauften Gesellschaft ansieht. In meiner Jugend hat der Vater gearbeitet, ein Häusle gebaut, die Eltern hatten Kinder, um die sich die Mutter gekümmert hat. Verglichen mit heute stellt man also fest: Der Mittelstand wird schon lange schleichend enteignet. Aber jetzt geht es so richtig zur Sache.

Das Thema Übersterblichkeit wird heiß diskutiert und trotzdem ignoriert. Herr Lauterbach legitimiert verdummt weiterhin die Nation mit Begriffen wie Sommerhitze und Winterkälte. »Tagesschau« und *Mainstream*presse helfen fleißig mit bei der Volksverdummung. Geschenkt, weil besser ignoriert. Nicht zu ignorieren ist jedoch der volkswirtschaftliche Schaden dieser gesetzlich klar definierten und existenten Übersterblichkeit. Denn davon betroffen sind ja nicht »nur« die Alten und Kranken, nein, sondern ebenso die Generationen, die wir für die Zukunft unseres Landes als Säulen unserer Wirtschaft so dringend brauchen: Gesund, leistungsfähig und motiviert.

Hier wurde ein Stein ins Rollen gebracht, dessen Auswirkungen noch in keiner Weise abzusehen sind. Nur eines ist sicher: Es wird ein Sargnagel für unsere mittelständische Wirtschaft sein – wie alles, was an sogenannten Maßnahmen in den vergangenen drei Jahren vorsätzlich vom Stapel gelassen wurde. Macht nichts, sie wählen auch weiterhin brav und treu immer wieder Grün, Rot, Gelb, Schwarz. »Stockholm-Syndrom« nennen wir das. Ein Dank an die Politik.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany!*

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



Collage: DW/Ute Feuertsacke

Ja zu Geld in der Tasche!

Lufthansa und Tech-Kette Gravis wollen kein Bargeld mehr akzeptieren. Über die Offensive gegen das Bargeld. | Ein PLÄDOYER von Marc Friedrich

2019 wurde der 500-Euro-Schein ad acta gelegt, um Geldwäsche und Steuerhinterziehung zu stoppen. Der erhoffte Erfolg blieb aus, und bis heute konnte kein empirischer Beweis über eine Eindämmung nachgewiesen werden. Selbst die Bundesbank musste zugeben, dass diese Aktion ein Satz mit x war — nämlich nix. Seitdem wurden lediglich 20 Prozent der im Umlauf befindlichen Scheine zurückgegeben.

Parallel wurde innerhalb von nur zwei Jahren die Summe für das anonyme Tafelgeschäft (Erwerb ohne Registrierung von Edelmetallen, Edelsteinen et cetera) von 15.000 Euro auf 2.000 Euro reduziert. Meiner Meinung ist es ist nur eine Frage der Zeit, bis dieses Fenster ganz geschlossen wird.

Der nächste Angriff erfolgte während der Coronakrise: Am Anfang galt eine Zeit lang das Bargeld als gefährlich, da es als Virenüberträger diffamiert wurde, was natürlich absoluter Humbug war. Dennoch sehen wir bis heute Aufkleber, die das sichere kontaktlose Bezahlen bewerben.

KOMMT EU-WEIT: BARGELDOBERGRENZE

Aber damit nicht genug: In Brüssel hat man sich im Dezember auf eine EU-weite Bargeldobergrenze in Höhe von 10.000 Euro verständigt. Wenn es nach der deutschen Innenministerin Nancy Faeser gegangen wäre, hätte man eine Bargeldobergrenze von deutlich unter 1.000 Euro implementiert. Auch hier fährt die Deutsche Bundesbank der EU und der Bundesregierung wieder mit einem deutlichen Widerspruch in die Parade:

»Bislang gibt es keinen wissenschaftlich fundierten Beleg, dass mit Barzahlungsobergrenzen das Ziel erreicht wird, Geldwäsche zu bekämpfen.« Das zeigten auch Erfahrungen in Ländern, in denen Zahlungen mit Scheinen und Münzen bereits auf bestimmte Summen begrenzt seien. »Ich halte eine Barzahlungsobergrenze daher für verfehlt«, so Johannes Beermann, Vorstand der Deutschen Bundesbank.

Parallel hat die deutsche Bundesregierung unter dem Deckmantel des Sanktionsdurchsetzungsgesetz — damit soll russischen Oligarchen das Leben schwer gemacht und wie immer natürlich die Geldwäsche bekämpft werden — alle Bürger in Sippenhaft genommen. Denn der neue Paragraf 16a im Geldwäschegesetz (GWG) verbietet es, Immobilien, Grundstücke, Häuser und Wohnungen in bar, Gold oder Kryptowährungen zu bezahlen.

WILLKOMMEN IN DER TOTAL-KONTROLLE

Nur etwa zwei Prozent der Geldmenge ist in Scheinen und Münzen als Bargeld vorhanden. Oder anders ausgedrückt: nur jeder fünfzigste Euro. Würden nur fünf oder zehn Prozent der Europäer ihr Geld von der Bank abheben, würde das Kartenhaus zusammenbrechen und die meisten Menschen ständen ohne Geld da. Das bargeldlose Bezahlen wird in Zeiten von Kreditkarten, *Apple Pay*, *PayPal* und Co immer beliebter. Über 90 Prozent aller Zahlungen werden mit EC- und Kreditkarte oder Überweisung/Lastschrift getätigt. De facto haben wir schon einen digitalen Euro. Warum also puscht die Europäische Zentralbank (EZB) so sehr die Einführung eines digitalen Zentralbankgeldes (Central Bank Digital Currency, CBDC) für das Eurosystem?

Alle Überweisungen und Transaktionen, egal ob privat oder gewerblich, werden von den Banken gesammelt und einmal täglich im Bankensystem zwischen den Instituten ausgeführt. Für was die Kunden ihr Geld ausgeben, sehen momentan nur die Banken. Eine Weitergabe der Transaktionen an die EZB oder andere Parteien ist aus mehreren Gründen nicht möglich und verboten. Mit einem CBDC wäre dieses Problem dauerhaft gelöst. Dann hätte jeder Bürger in der EU ein digitales Konto (*Wallet*) direkt bei der EZB — und die EZB somit in Echtzeit den kompletten Überblick. Natürlich werden die Notenbanken mit Charme alle Register ziehen, um uns diese schöne neue Welt schmackhaft zu machen: Zahlungen sind dann sicher, praktisch, hygienisch, kontaktlos, effizienter, günstiger und schneller.

EIN STARKER HAUCH VON TERROR

Mal provokant weitergedacht: Um das Klima zu retten und uns zu besseren Menschen zu erziehen, könnte man dann auch ein CO2-Guthabenkonto installieren. Wer dann sein CO2-Guthaben aufbraucht, weil er zu viel reist oder Auto fährt, Fleisch statt Käfern oder hochprozessierten Fleischersatzes isst, muss zahlen oder gar darben. Das sind die feuchten Träume der Geheimdienste und der Albtraum, vor dem uns George Orwell gewarnt hat.

Ein weiteres Risiko: Neben der Orwell'schen Überwachung könnte man die Zinsen problemlos in den Minusbereich senken, ohne dass die Bürger das Geld von der Bank abheben und sich dem Negativzins entziehen können. Ein Bank *Run* wäre damit in Zukunft unmöglich. Strafzinsen oder eine Vermögensabgabe könnten schnell und effizient eingesetzt und von jedem Konto eingezogen werden, ohne dass man sich dagegen wehren kann. Ebenso Strafzettel, der Rundfunkbeitrag und so weiter. Wie praktisch! Selbst ein Einfrieren des Kontos wäre jederzeit von der zentralistischen EZB möglich. So wie jetzt schon beim großen Vorbild China.

SMART, WEICH, ERDRÜCKEND: DIE DIGITALE DIKTATUR

Apropos China: Als Sahnehäubchen könnte man dann auch noch ein *Social Credit* Programm installieren. Ein zentralistisch gelenktes digitales Geld, gepaart mit dem Sozialkreditsystem, ist die perfekte — und perfide — Lösung, um die eigenen Bürger in Schach zu halten, allzeit zu kontrollieren und sie abzustrafen, falls sie sich nicht an die Regeln halten. Wer dann aus der Reihe tanzt, bekommt neben dem Abzug an sozialen Kreditpunkten noch Sanktionen in Form von Abhebungslimitierungen oder Kontosperrungen. Fertig ist die digitale Diktatur unter dem Deckmantel Klimaneutralität, Solidarität und Gerechtigkeit. Aber auch den Konsum könnte man steuern. In China denkt man über Schwundgeld nach. Das Guthaben verfällt nach einer bestimmten Zeit, um die Konjunktur anzukurbeln. Auf der anderen Seite könnte man auch Zahlungen limitieren oder auf bestimmte Güter gar sperren. Ganz so, wie es eine zentralistische Institution möchte.

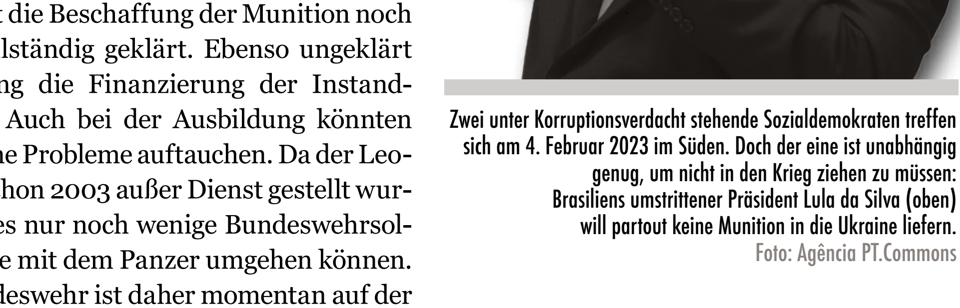
Die EZB will bis 2024/25 den digitalen Euro einführen. Global wird bei allen Notenbanken mit Hochdruck an digitalen Währungen gearbeitet, da die Vorteile für sie auf der Hand liegen. Im Endeffekt ist ein digitaler Euro nichts anderes als das ungedeckte Fiatgeldsystem, das zu 100 Prozent digitalisiert ist. Für uns Bürger hat es nur Nachteile, weil wir dann problemlos überwacht und enteignet werden können. Es können Negativzinsen installiert werden, ohne dass wir uns davor schützen können. Denn in einem solchen Fall ist der Fluchtweg versperrt: nämlich Bargeld abzuheben, es aus dem Bankenkreislauf herauszunehmen und es damit legal der Überwachung und dem Zugriff der Staaten zu entziehen. Sie sehen also, Bargeld ist wichtig für Aonymität, Freiheit und Demokratie.

Dieser Text erschien zuerst auf dem unabhängigen Internetportal rubikon.news. Er wurde für den DW sinnwahrend bearbeitet und gekürzt. Wir danken für die Möglichkeit des Abdrucks.

Marc Friedrich ist Betriebswirt, Anlageberater und Sachbuchautor. Seit dem argentinischen Staatsbankrott im Jahr 2001 und dessen ruinöse Folgen für das Land und seine Bürger, denkt er über Auswege aus dem Bankrottregime nach.

SCHROTT MIT UNS!

Bundesregierung verschifft Altpanzer zum Verheizen an die Ostfront und NATO startet fadenscheinige Anti-Korruptionskampagne. Hauptsache der Krieg geht weiter. | Von Felix Feistel



Zwei unter Korruptionsverdacht stehende Sozialdemokraten treffen sich am 4. Februar 2023 im Süden. Doch der eine ist unabhängig genug, um nicht in den Krieg ziehen zu müssen: Brasiliens umstrittener Präsident Lula da Silva (oben) will partout keine Munition in die Ukraine liefern. Foto: Agência PT.Commons

Nach dem Beschluss, 14 Leopard-2-Panzer in die Ukraine zu schicken, legte die deutsche Bundesregierung nun noch einmal nach. Nun sollen noch reichlich Panzer aus der Zeit des Vietnamkriegs nach Osten verschifft werden.

In der zurückliegenden Woche bestätigte Regierungssprecher Steffen Hebestreit die Ausfuhr von 178 Leopard-1-Panzern aus den Beständen der Rüstungsindustrie. Diese sollen von den Konzernen Rheinmetall und von der Flensburger Fahrzeugbau Gesellschaft (FFG) an die Ukraine geliefert werden. Kriegsminis ter Boris Pistorius (SPD) verkündete, die ersten Leopard-2-Panzer könnten binnen drei Monaten in der Ukraine im Einsatz sein. Die Leopard-1-Panzer hingegen müssen erst instandgesetzt werden.

Noch ist nicht klar, wie viele der 187 Panzer letztlich tatsächlich in den Einsatz gehen können, und wie viele als Ersatzteillager für die Reparatur benutzt werden müssen. Es wird damit gerechnet, dass die Panzer frühestens Mitte des Jahres in der Ukraine im Einsatz sein können. Damit kämen sie für eine erwartete Frühjahrsoffensive Russlands zu spät. Auch andere westliche Länder, darunter Portugal und Frankreich, haben sich entschlossen, Leopard-Panzer aus deutscher Produktion in die Ukraine zu liefern. In einer ersten Tranche erwartet Kiew damit nun bis zu 140 Kampfpanzer aus zwölf Staaten.

»GRÖSSTER FEHLER DES POLITISCHEN WESTENS«

Der russische Präsident Wladimir Putin reagierte auf die Ankündigung der Panzerlieferungen in seiner Rede zum 80. Jahrestag des Sieges der Roten Armee bei Stalingrad. Er beklagte, dass Russland »erneut von deutschen Panzern bedroht wird, von Leopardpanzern, mit Eisernen Kreuzen bemalt« und zwar »in den Händen von Hitlers Nachfahren, in den Händen der Bandera-Anhänger.« Zudem warnte er den Westen, dass Russland auf diese Bedrohung entsprechend reagieren und sich dabei nicht allein mit gepanzerten Fahrzeugen begnügen werde.

Auch der Präsidentensprecher Dmitri Peskow erklärte: »Sobald neue, vom kollektiven Westen gelieferte, Waffen auftauchen, wird Russland sein gesamtes Potenzial umfassender einsetzen, um darauf in der speziellen Militäroperation zu reagieren.« Kurz nach der Ankündigung der Lieferung der 14 Leopard-2-Panzer hat die russische Armee im Süden des Donbass zudem mit einer neuen Offensive begonnen.

Serbiens Präsident Aleksandar Vučić äußerte sich zu den geplanten Panzerlieferungen auf einer Sondersitzung des serbischen Parlaments und erklärte, die Ankündigung der Waffenlieferungen habe die Russen vereint und die Zustimmung zu der Militärischen Sonderoperation innerhalb der russischen Bevölkerung erhöht. Er bezeichnete die Entscheidung als den größten politischen Fehler des Westens. Der bundesdeutsche Regierungssprecher Steffen Hebestreit hingegen verteidigte die Lieferungen als »Hilfslieferungen« und »Unterstützungsleistungen« und wies eine Kriegsbeteiligung Deutschlands weit von sich.

ANGRIFF DER ALT-68ER

Der Leopard-1-Panzer wurde von 1964 bis 1984 vom berüchtigten Konzern Krauss-Maffei Wegmann gefertigt. Die Bundeswehr stellte ihn 2003 außer Dienst. Die Panzer gelten als veraltet. Der Oberst im Generalstabsdienst, Arne Collatz, erklärte daher, dass die Panzer auf dem Gefechtsfeld maximal mit älteren russischen Panzermodellen, die in der Ukraine zum Einsatz kommen, mithalten könnten. Zudem gibt es Probleme bei der Munitionsbeschaffung, denn der Leopard-1-Panzer verwendet einen anderen Munitionstyp als der Leopard-2-Panzer.

Die Bundeswehr hatte 250 der ausgemusterten Panzer an Brasilien verkauft und mit ihnen auch große Munitionsbestände. Die Regierung Lula da Silvas lehnt eine Weitergabe dieser Munition jedoch bislang ab. Daher ist die Beschaffung der Munition noch nicht vollständig geklärt. Ebenso ungeklärt ist bislang die Finanzierung der Instandsetzung. Auch bei der Ausbildung könnten erhebliche Probleme auftauchen. Da der Leopard-1 schon 2003 außer Dienst gestellt wurde, gibt es nur noch wenige Bundeswehrsoldaten, die mit dem Panzer umgehen können. Die Bundeswehr ist daher momentan auf der Suche nach älteren Reservisten, die sich an der Ausbildung beteiligen können. Unterstützung erhalten sie dabei von sogenannten Experten aus der Industrie.

Die Ausbildung für den Umgang mit diesen Panzern kann jedoch mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Es ist daher ausgeschlossen, dass ukrainische Soldaten binnen wenigen Monaten mit den Geräten umgehen können. Dieses Problem wird dadurch umgangen, wie der österreichische Oberst des Generalstabs, Markus Reisner , auf einer Tagung der Diplomatischen Akademie Wien erklärte, dass Nato-Soldaten sich von ihren Diensten entpflichten lassen, um dann als Vertragssoldat (zu dt. Söldner) in die Ukraine zu gehen. Auf diese Weise seien bereits eine hohe Anzahl ausländischer Söldner in der Ukraine aktiv, darunter mehr als 20.000 polnische Soldaten.

NATO FORDERT GROSSE SÄUBERUNG

In Kiew wurde Ende Januar ein Austausch hochrangiger Politiker und Beamter vorgenommen. Der stellvertretende Leiter des Büros des Präsidenten, Kirill Timoschenko, der stellvertretende Verteidigungsminister Wjatscheslaw Schapowalow und der stellvertretende Generalstaatsanwalt Alexei Symonenko traten von ihren Ämtern zurück. In vier Regionen der Ukraine wurden zudem die Chefs der Regionalverwaltung entlassen. Auffällig ist dabei, dass es sich um Regionen in unmittelbarer Nähe der Front oder zu russischen Gebieten handelt. Vorausgegangen waren den Entlassungen eine Reihe von Korruptionsskandalen, und so signalisiert Präsident Selenskyj auf diese Weise einen entschlossenen Kampf gegen die Korruption im Land. In einer Reihe von Razzien hatte es zudem Festnahmen hochrangiger Beamter gegeben, denen ebenfalls Korruption vorgeworfen wird. Der Kreis der Verdächtigen reicht bis in das Umfeld Selenskyjs selbst, dessen enger Mitarbeiter Kirill Timoschenko ebenfalls dem Verdacht der Korruption ausgesetzt ist. Auch Büros der Steuerbehörde wurden durchsucht, deren Chefin Oxana Dati verdächtigt wird. In russischen Medien wird das Vorgehen Selenskyjs als Inszenierung im Vorfeld des EU-Ukraine Gipfels bewertet. Anzeichen dafür sei unter anderem die Verwendung von sechs Monate altem Filmmaterial, um eine angebliche Razzia bei dem stellvertretenden Verteidigungsminister Mironjuk zu beweisen.

WAFFEN FÜR NATO-HÖRIGES PERSONAL

Die Korruption in der Ukraine wird zunehmend von westlichen Regierungen, insbesondere der US-amerikanischen, die Milliarden an Dollar in die Ukraine investiert hat, zum Problem erklärt. So werden die Skandale von westlich unterstützten Medien und Aktivisten in der Ukraine aufgebauscht, um medienwirksam Personal auszutauschen. Auch ermittelt die ukrainische Korruptionsbehörde NABU, der nachgesagt wird, eine von den USA gesteuerte Institution zu sein. Zudem gibt es den Verdacht, dass der Vorwurf der Korruption genutzt wird, um jene Beamte und Politiker aus dem Amt zu entfernen, die sich zunehmend kritisch über den Krieg äußern. Schon zuvor hatte Selenskyj oppositionelle Parteien per Dekret verboten und die Medien des Landes gleichgeschaltet.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.



FRANZOSEN HABEN DIE FAXEN DICKE

Unsere westlichen Nachbarn sind in vorrevolutionärem Aufruhr. Laut unabhängigen Beobachtern sind es die zahlenmäßig größten Demonstrationen seit 30 Jahren. Hier ein Bild vom 5. Januar 2023 aus dem Pariser Umland. In Montpellier, Lille, Rennes und weiteren Städten besetzten Studenten die Universitäten, um gegen die Rentenreform des gehassten WEF-Staatspräsidenten Emmanuel Macron zu demonstieren. Hafenarbeiter blockierten die Häfen von Le Havre, Dünkirchen und Rouen. In fast allen Städten gehen die Menschen auf die Straße, um Energiepreissteigerungen und die Verlängerung der Arbeitszeit um Jahre zu verhindern; ein breites gesellschaftliches Bündnis.

MELDUNG

ERDBEBEN IN TÜRKEI UND SYRIEN

Ankara/DW. In der Grenzregion zwischen der Türkei und Syrien ereignete sich am Montag, 6. Februar 2023 ein Erdbeben. Laut Medienberichten kamen dabei rund 15.000 Menschen (Stand 9. Februar 2023, 8 Uhr) ums Leben. Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan nutzte die Gelegenheit, um für drei Monate den Notstand auszurufen und sich weitreichende Machtbefugnisse zu sichern. Derweil mehrt sich Kritik an ihm, da eine im Jahr 1999 eingeführte Erdbebensteuer mit Einnahmen von umgerechnet rund 35 Milliarden Euro nicht in Gebäudesicherheit gesteckt wurde, sondern von Parteifreunden veruntreut worden seien sollen.(hes)

DENN SIE WUSSTEN GENAU, WAS SIE TUN



Der Übergang vo
geht immer einl
die Stim
die Politik fol
DW-AKADEM

Wenn ich James Dean wäre, dann würde ich mich im Grab umdrehen und zwar gleich zweimal. Erstens, weil sie genau wussten, was sie tun, und zweitens, weil ich mitansehen musste, wie aus einer rebellischen Jugend ein Haufen von weichgespülten Mitläufern wurde.

Nun kommen sie der Reihe nach an, die führenden Köpfe der Corona-Religion, und bitten um Vergebung: »Wir wussten doch nicht, was wir tun.« Doch und zwar ganz genau! Ex-Gesundheitsminister Jens Spahn, baute schon vor, als er 2020 meinte, »wir werden in ein paar Monaten wahrscheinlich viel einander verzeihen müssen« und der Tierarzt Lothar Wieler verbreitete medienwirksam, dass man »diese Regeln« niemals hinterfragen dürfe. Niemals? Nun gesteht Wieler ein, dass man bei einigen der sogenannten »Regeln« danebengelegen habe, wie zum Beispiel bei den Schulschließungen. Er würde sich wünschen, dass man nun die Sache vielleicht dann doch aufarbeitet, um festzustellen, welche Regeln in der Pandemie-Bekämpfung wirklich was gebracht haben.

Da ich Jurist und kein Tierarzt bin, füge ich hinzu: Diese sogenannten Regeln, waren rechtswidrige Verordnungen, da man Grundrechte nur dann einschränken kann, wenn dies geeignet, erforderlich und auch verhältnismäßig ist und zwar zu dem Zeitpunkt, an dem man die Einschränkungen erlässt – und nicht als ex-post Betrachtung nachträglich. Die Einschränkung unser Grundrechte war jedoch zu keinem Zeitpunkt erforderlich und verhältnismäßig. Wer sagt, dass man dies nicht hinterfragen dürfe, der ist vielleicht Tierarzt, hat aber das Grundgesetz nicht verstanden.

DAS LEBEN IN DER POST-DEMOKRATIE

Dasselbe gilt auch für einige »kleine Richterlein« in diesem Land, die sich der Medizinlobby widerspruchslos untergeordnet haben. Sie hätten es besser wissen müssen, weil sie per Gesetz dazu verpflichtet sind, diese »Regeln« zu hinterfragen. Stattdessen hat sich die Justiz einer Ideologie und Panikmache angeschlossen, wie wir sie in der Geschichte der BRD niemals zuvor erlebt haben. Sie stützen sich dabei auf eine Wissenschaft, die keine freie Wissenschaft mehr ist, sondern eine von der Pharmalobby gesteuerte.



Gordon Pankalla verzettelt sich nicht. Foto: DW

Ein Zeichen für eine Post-Demokratie ist, wenn der Wille der Menschen nicht mehr zählt, wenn selbsternannte Experten etwas behaupten und eine andere Ansicht nicht mehr erlaubt ist. Die bunte Vielfalt, von der so viel gesprochen wird, ist nur noch dann erlaubt, wenn ein »Experte« dies für richtig erachtet. Dazu schafft man sich eigene Expertenräte, wie das RKI, den Ethikrat, die Ministerpräsidenten-Konferenz oder die Leopoldina – die in einer Demokratie nicht vorgesehen und auch nicht demokratisch legitimiert sind, aber die öffentlichen Meinung umso mehr beeinflussen. Aufgrund dieser Beeinflussung trauten sich unsere Richterlein auch nicht mehr nachzufragen, wenn sie nicht selbst als *ZDF*-Zuschauer der Panik verfallen waren, was ich des Öfteren bei Gericht erleben konnte.

Bleibt die Frage, ob Spahn und Co. bereits damals wussten, was sie taten, oder man ihnen aufgrund ihrer angeblichen Unkenntnis doch verzeihen sollte? Am 25. März 2020 stellte die Bundesregierung eine epidemische Lage von nationaler Tragweite »fest«. Damit sind eine Reihe von Corona-Verordnungen nach Paragraf 5 Infektionsschutzgesetz (IfSG) in Kraft getreten. Diese Verordnungen blieben zunächst bis zum 31. März 2021 aufrecht und wurden dann mehrfach verlängert. Nach § 28 IfSG kann die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen treffen.

Bereits damals stellte ich mir als Jurist die Frage, was denn unter einer »epidemischen Lage« überhaupt zu verstehen ist. Die Medien stellten sich diese Frage offenbar gar nicht und erst Monate später wurde dann eine Definition nachgeliefert: Wenn die Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine Pandemie ausgerufen hat und eine Überforderung des Gesundheitssystems droht, dann können diese »notwendigen Schutzmaßnahmen« getroffen werden, die aber ihrerseits wieder geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sein müssen. Wir bemerken schon, wie butterweich diese normativen Voraussetzungen sind.

Erstaunlich jedenfalls, dass man offenbar gar nicht feststellen wollte, wie viele Menschen eigentlich an dem Virus verstorben waren und wie viele Menschen wegen Corona in den während der Sommermonate leeren Krankenhäusern waren. Erstaunlich auch, dass für die Feststellung der Erkrankung eines Menschen ein Test benutzt wurde, für den es keinerlei Vorgaben gab (Stichwort: CT-Wert) und der nach wie vor völlig ungeeignet ist, eine aktive Infektion nachzuweisen. Und nur eine einzige Studie wollte aufzeigen, dass ein Mensch auch krank sein könne, ohne dies selbst zu bemerken, und es daher einen PCR-Test brauche, diesem Menschen zu bestätigen, einen tödlichen Virus in sich zu haben.

Bereits am 15. April 2020 – also ganz am Anfang der »Pandemie« – wurde in einer Telefonkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs der Länder beschlossen, dass der Impfstoffentwicklung eine zentrale Bedeutung zukomme. Unter Ziffer 17 steht: »Die Bundesregierung unterstützt deutsche Unternehmen und internationale Organisationen dabei, die Impfstoffentwicklung so rasch wie möglich voranzutreiben. Ein Impfstoff ist der Schlüssel zu einer Rückkehr des normalen Alltags. Sobald ein Impfstoff vorhanden ist, müssen auch schnellstmöglich genügend Impfdosen für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung stehen«.

GRUNDLAGE DES NARRATIVS: SYMPTOMLOSE INFEKTION

Die Kanzlerin betonte ab da, dass die Pandemie erst ende, wenn ein Impfstoff bereitstünde und alle Menschen geimpft seien – die Neudefinition der Herdenimmunität sollte folgen. Dieses Credo hörten wir auch aus Bayern von Markus Söder, der meinte damals, dass es die Rückkehr zur Normalität erst dann geben werde, wenn alle


Im Kölner Gerichtssaal streitet der Rechtsanwalt Pankalla für das Grundgesetz. Offensichtlich mit Erfolg. Foto: Pankalla/DW

on der Demokratie in eine Post-Demokratie her mit einer sogenannten Expertokratie, me des Volkes wird weniger wert, lgt nur noch auserkorenen Fachleuten.

MIE mit Rechtsanwalt Gordon Pankalla, Köln

geimpft seien. Das Impf-Narrativ wurde also von Anfang an gesetzt, daran änderte sich auch nichts, als der Hamburger Pathologe Klaus Püschel feststellte, dass keiner der 200 offiziellen »Corona-Toten« in Hamburg an dem Virus, sondern an Vorerkrankungen, also lediglich »mit« dem Virus, verstarben. In einer »Expertokratie« werden aber nur diejenigen noch gehört, die der Regierung und den Leitmedien dienen, also die eigenen Expertenräte. Alle anderen werden diffamiert, zum Beispiel als »Verschwörungstheoretiker«, wie eben Klaus Püschel oder Dr. Wolfgang Wodarg, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Bodo Schiffmann und viele weitere. Diese Wissenschaftler konnten viele auch deshalb gar nicht hören, weil sie in den Alt-Medien nicht mehr vorkamen. Nicht umsonst brachte das RKI ebenfalls ganz am Anfang der »Pandemie« einen Bericht heraus, in dem die überaus wichtige


Hollywoodstar James Dean starb am 30. September 1955 im Alter von nur 24 Jahren bei einem Autounfall. Seine Rolle in »...denn sie wissen nicht, was sie tun« machte ihn zu einem Jugendidol. Foto: CC/Creative Commons

Rolle der Medien betont wurde. Die Kanzlerin und die EU-Ratspräsidentin Ursula von der Leyen wurden nicht müde zu betonen, dass man nur noch den »offiziellen Quellen« glauben schenken dürfe.

In den Pressestuben machte sich die Angst breit, aber weniger die Angst vor einem tödlichen Virus, als vielmehr davor, die Wahrheit zu berichten. Neben den öffentlich-rechtlichen Medien, die per Staatsvertrag eigentlich zu einer unabhängigen und breiten Berichterstattung verpflichtet sind, waren es auch die Mediengiganten, wie Bertelsmann und Springer, die in das Lied der Pandemie einstimmten. Dass man in der *Bild* teilweise andere Töne hörte, lag wohl allenfalls an deren Ex-Chefredakteur Julian Reichelt, der schließlich als Sexist dargestellt wurde und gehen musste. Wobei auch bei ihm immer das Credo galt: Ich bin ja selbst geimpft, aber ...

GENERATION BÄRBOCK

Es waren nicht nur die sogenannten Altmedien, in denen die Wahrheit nicht mehr dargestellt werden durfte. Schnell fand sich auch wieder ein Erkennungszeichen für die Gesinnung der Mitarbeiter: die Maske. Neben der zweifelhaften Wirksamkeit der Maske und deren missachteten Gefahren, vor allem für Kinder, diente sie schnell dazu, Gehorsam und Unterwerfung optisch kundzutun. So waren es auch die sozialen Medien, deren Bedeutung vor allem in Diktaturen stets betont wird, die bei der großen Pandemie dabei waren. Das erste Video, das *Youtube* bei mir löschte, trug den Titel: »Corona ist Faschismus«.

Nun kommt raus, dass die Bundesregierung sich bereits 2020 mit *Google* und *Facebook* abgesprochen hatte. Es wäre auch kaum zu vermitteln gewesen, wenn im *Internet* eine andere Meinung vorherrschen würde, als abends im *ZDF* bei der Ziehung der Corona-Zahlen vermeldet wurde. Von der Demokratie zur Expertokratie war der Weg kürzer, als ich gedacht hätte. Aber die Verwunderung darüber ist im Grunde gar nicht so groß, wenn man sich die Gesellschaft etwas genauer anschaut. Der Kritiker, der Querkopf, ist in der »Generation Baerbock« nicht mehr positiv besetzt. Der James Dean von gestern musste dem hippen und mit Schlauchboot-Lippen verschönerten Instagram-Star weichen. Der Revolutionär zeichnet sich heute vielmehr dadurch aus, dass er die von der Regierung bereits beschlossenen Forderungen auf der FFF-Demo nochmals energisch einfordert, um sich dann bei *Instagram* selbst als »Kritiker« darzustellen.

Diese Gesellschaft ist inzwischen genau das Gegenteil von dem, was behauptet wird: Es handelt sich weder um eine wehrhafte Demokratie, noch ist die Gesellschaft frei und bunt. Die Gesellschaft ist voller »grüner Klimaretter«, die ohne jeden Berufsabschluss, dafür mit Doppelkinn, in den Bundestag einziehen oder bei *Youtube* durch ein paar Videos ohne Sinn und Verstand Millionen verdienen wollen. Aus der Geschichte haben wir also nichts gelernt, sondern leider alles vergessen – so fällt es auch leichter, alle Andersdenkenden als Rechte oder sogar Nazis zu bezeichnen. Widerspruch ruft bei dieser Generation der *Borderliner* allenfalls Wut und Hass hervor, was ich an meinen Zuschriften und Kommentaren auf *Twitter* täglich erleben kann.

Wenn also eine Regierung von Anfang an sagt, die »Pandemie« sei erst dann vorbei, wenn alle geimpft seien, und wenn Maßnahmen willkürlich getroffen werden, ohne Beleg für deren Wirksamkeit, wenn nur noch die Regierungstreuen Experten sind, wenn Nichtregierungsorganisationen wie die WHO über dem Grundgesetz stehen und wenn das Ganze dann vorher sogar noch unter dem Namen Event 201 von Bill Gates und der Johns-Hopkins-Universität geprobt wurde, dann glaube ich persönlich nicht mehr daran, dass sie nicht gewusst haben, was sie tun.

Sie haben es genau gewusst, und sie haben auch aktiv verhindert, dass Menschen nachfragen. Sie haben es sogar vorhergesagt, wie Jens Spahn, der damals schon wusste, dass es eine Menge zu verzeihen gibt. Aber das, was die getan haben, ist nicht mehr zu verzeihen, denn der Schaden, der hier für die Demokratie und für jeden einzelnen Menschen entstanden ist, ist so groß, dass es dafür keine Verzeihung gibt – von den Impfschäden mal ganz abgesehen.

Wie sagte Kanzlerin Merkel: »Die Pandemie ist eine Zumutung für die Demokratie.« Nein, Frau Merkel – es sind die Anti-Demokraten und gekauften Wissenschaftler, die eine Zumutung für die Demokratie darstellen. All diese haben unsere Demokratie in ein Zeitalter der Post-Demokratie geführt, in eine »Zeitenwende«, bei der eine kleine Elite durch eine gekaufte Wissenschaft über mehr Macht verfügt als das gemeine Volk. Ein Volk, das bereits jetzt aus mehr Nichtwählern besteht als aus wehrhaften Demokraten, die für ihren Demokratie- und Freiheitswillen wiedermal abgestraft werden. Und genau diese post-demokratischen westlichen Regierungen wollen nun mit immer mehr Waffen die Demokratie in der Ukraine retten. James Dean ist tot, es lebe James Dean!


Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.



Das Letzte – von Anselm Lenz

Sehr geehrte Leserschaft,

Nun ist die zurückliegende 120. Ausgabe doch nicht die letzte geworden, weil unser Aufruf doch einiges an tätiger Resonanz erzeugt hat. Denn mit warmen Worten und guten Wünschen allein kommen wir nicht weiter.

Ja sicher, diese Zeitung hat bereits Geschichte geschrieben und ja, sie war und ist in Sachen Corona-Lüge und Spritzengenozid weltführend bei der Aufklärung. Ebenso bei der Aufklärung der Sprengung der zivilen Fernwärme-Versorgungsleitungen in der Ostsee durch US-Seeeinheiten. Die enthemmte Kriegstreiberei, die unseren Kontinent auf Jahrzehnte hin zu zerreißen droht, ist im Grunde ein wöchentlicher Kampf von David gegen Goliath. Wir sind mit unserer Abo-Aktion dem sprichwörtlichen Tod von der Schippe gesprungen. Aber ohne Förderung und weitere Abos (Seite 16) können wir es nicht schaffen. Nach Kündigung von zehn Konten aus politischen Gründen bitten wir jene, die es können und wollen, um kräftige Förderung, damit wir die erreichte DW-Aufbauarbeit halten und erweitern können – nunmehr auf das Verlagskonto.

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28
BIC: QNTODEB2XXX, Verwendungszweck: Crowdfunding



Millionen von Menschen haben in den Jahren seit 2020 einen Staats- und Konzernapparat am eigenen Leib erfahren, der sich selbst delegitimiert hat. Ein Regime, das dermaßen gegen eigene Grundsätze verstößt, das eigene Volk unterdrückt, spaltet, belügt, zensiert, gleichschaltet und in den Krieg treibt, hat auf lange Sicht keinerlei Zukunft. Nicht vor dem Auge der Geschichte, nicht im internationalen Vergleich, nicht vor unseren Nachkommen. Deshalb hat die Demokratiebewegung von Beginn an den Fünf-Punkte-Plan im Gepäck.

1. SOFORTIGES ENDE DER CORONA-MASSNAHMEN AUCH IN DEUTSCHLAND.

2. WIEDEREINHALTUNG DES GRUNDGESETZES, DES NÜRNBERGER KODEXES UND DES MENSCHENRECHTES IN WORTLAUT UND SINN.

3. NEUWAHLEN, BRECHUNG DES PARTEIENPRIVILEGS, IMPERATIVES MANDAT.

4. VOLKSENTSCHEIDE ÜBER ALLE GRUNDLEGENDEN ANGELEGENHEITEN.

5. VERFASSUNGSERNEUERUNG AUF BASIS DES GRUNDGESETZES MIT WIRTSCHAFTS- UND SOZIALCHARTA.

Die Aufgabe unserer Generationen: Wir werden den alten Apparat abstreifen und uns aus uns selbst heraus demokratisch emanzipieren und demokratisch rundum-erneuern – auf Basis des Grundgesetzes (immer auf Seite 16 dieser Zeitung, siehe auch NichtOhneUns.de), für Fairness, Frieden und Freiheit. Unsere Domäne dabei: Aufarbeitung und unsere Zukunft als Zeitung für Verfassungserneuerung aus dem Volk. Gehen wir gemeinsam weiter – bis zum umfassenden Sieg! Herzlich achtungsvoll grüßt und dankt,

Anselm Lenz
Journalist, Verleger



Publizist Peter Hahne ist gläubiger Christ. Er studierte Theologie, Philosophie, Germanistik und moderierte im ZDF u. a. eine nach ihm benannte Talkshow. Foto: privat

OHNE JESUS HÄTTE ICH DAS ELEND NICHT ERTRAGEN!

DW-GASTKOMMENTAR von Peter Hahne

Eigenartig! Der Spruch steht immer noch da. Sogar in Stein gemeißelt und mit Blattgold ausgelegt. Kein woker Wahn hat ihn bisher zerstört. Keine Diversity-Demo konnte ihm etwas anhaben. Es ist das Gründungsmotto von 1457 der Universität Freiburg: »Die Wahrheit wird euch frei machen.« Jedes Mal, wenn ich im Breisgau bin, halte ich dort inne. Das war also einmal der Anspruch von Bildung und Wissenschaft in Deutschland: Die Wahrheit zu sagen und zu suchen.

Wahrheit – dieses Wort ist weder Klassik noch Humanismus, weder Philosophie noch Ideologie. Es ist biblisches Evangelium. Ein Originalzitat von Jesus Christus aus dem Johannes-Evangelium. Von einem »alten weißen Mann« also, der im Sinne des heutigen *Mainstreams* nichts anderes als Verschwörungstheorien und *Fake News* verbreitet hat: Er käme von Gott, sei sogar sein Sohn, heilte und tat Wunder – ganz ohne Abstand, Spritzen und Masken. Er berührte sogar Leprakranke. Und er posaunte in den letzten Winkel dieser Erde: »Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben.« Er allein, sonst niemand. Was für eine verstörende Botschaft. Die delegitimiert doch das Regime. Weg damit! Solch eine Schwurbelei wollten die Herrschenden aus Kirche und Staat damals nicht dulden. Dieser Querdenker gehört ans Kreuz! Insofern handelte das Regime konsequent: Todesurteil! Heute geschieht das etwas subtiler. Da wird man »nur« denunziert, ausgegrenzt, ausgestoßen, mundtot gemacht und seiner beruflichen Existenz beraubt.

JESUS IST EIN KREUZ- UND QUERDENKER

Ja, und das allerschlimmste war ja wohl die Jesus-Einladung: »Kommet her zu mir, alle, die ihr mühselig und beladen seid. Ich will euch erquicken« (Matthäus-Evangelium 11, 28). Alle! Dieser Mann war ja allgemeingefährlich. Kannte er denn keine Inzidenzwerte, kein Robert-Koch-Institut und keinen Gates oder Drosten? Hatte er noch nie vom »Team Vorsicht« des Herrn Söder gehört? Alle dürfen kommen, wirklich alle. Wir sortieren doch so gerne nach Freund und Feind, nach Haltung und Herkunft, nach geimpft und ungeimpft, nach Maskenarten und der Anzahl von G's. Ich bin froh, mich in den 50 Jahren meiner aktiven Berufskarriere auf diesen Jesus Christus verlassen zu haben. Er hat mich nie verlassen! Er, der unbeirrt vom *Establishment* seine Wahrheit vertreten und sogar mit dem Leben bezahlt hat. Er hat vom Ziel her gedacht und gelebt, gepredigt und gewirkt: vom Kreuz her. Und er lag völlig quer zum *Mainstream*. Wenn einer wirklich Haltung hatte in der Weltgeschichte – dann dieser Jesus! Er ist Kreuz- und Querdenker.

Ohne seine Kraft hätten mich Niederlagen immer wieder niedergelegt. Vor allem die letzten drei Jahre. Ich hätte das Elend um mich herum nicht ertragen. All die Mitläufer, all die Ideologie und Korruption von Politikern, Kollegen und Kirchenleuten, die ich einst geschätzt hatte. Diese Verachtung alles Menschlichen: Wie kann man nur, fragte ich bereits Ostern 2020, Kirchen schließen? Oder Menschen ohne Trost und Beistand einsam sterben lassen? Schlimmer als den Hund. Wie kann man nur Kinder hinter Masken zwingen und ihnen 40 Prozent des für Hirn und Herz notwendigen Sauerstoffs nehmen? Wie kann man pubertierende Jugendliche in das *Homeoffice* ihrer Eltern sperren? ...

Wie kann man das aushalten, durchhalten und dem standhalten? Indem man sich an den hält, der konsequent seinen Weg gegangen ist. Wie zwei Jahrtausende später ein Dietrich Bonhoeffer. Der hat in Wort und Tat bewiesen, wie man das alles aushalten kann: »Wer hält stand? Allein der, dem nicht seine Vernunft, sein Prinzip, sein Gewissen, seine Freiheit, seine Tugend der letzte Maßstab ist, sondern der dies alles zu opfern bereit ist, wenn er im Glauben und in alleiniger Bindung an Gott zu gehorsamer und verantwortlicher Tat gerufen ist, der Verantwortliche, dessen Leben nichts sein will als eine Antwort auf Gottes Frage und Ruf. Wo sind diese Verantwortlichen?«

GOTTES BODENPERSONAL HAT VERSAGT

Ja, wo sind die heute, die Gott mehr gehorchen als den Lauterbachs, Söders oder Spahns? Die, die an der Seite ihres Nächsten bleiben in Alter und Einsamkeit, in Krankheit und im Sterben. So, wie Christen das seit 2.000 Jahren tun. In Pest und Cholera, im 30-jährigen Krieg, in Stalingrad oder in den KZs. Sie waren immer nah bei den Menschen. Ohne Abstand, das gebot ihnen der Anstand. Nur in den letzten drei Jahren nicht. Eine von Gott verlassene Kirche hat den Menschen verlassen. Gottes Bodenpersonal hat versagt. Bis auf wenige mutige, rühmliche Ausnahmen, die dann jedoch von regimetreuen Gleichschritt-Marschierern gemobbt wurden. Hatten wir das nicht schon mal in der jüngeren deutschen Geschichte?

WER BESTRAFT DIE VERANTWORTLICHEN?

Ganze Bücher könnte ich füllen mit traurigsten Schicksalen, die mir inzwischen Hunderte gemailt haben. In meinem aktuellen Buch »Das Maß ist voll!« habe ich meinen Standpunkt klar beschrieben. Einer der führenden Hüft-Operateure Europas durfte nicht mehr ins Heim zu seiner 92-jährigen Mutter. Obwohl er als Professor alle Regeln der Hygiene und Sterilität kennt. »Sie ist an gebrochenem Herzen gestorben«, klagt der Sohn verzweifelt. Oder jene Gastwirtsfamilie: Der Senior schwer von Krebs gezeichnet. Als Sterbender steht er oben im Spital am Fenster. Unten aufgereiht die Familie. Kein Trostwort, kein Händehalten, keine Nähe. Verzweiflung und Tränen und ein Sterben in Isolationshaft. Was für ein Verbrechen! Der Enkel leidet bis heute darunter, hat man doch dem damals 12-Jährigen in Schule und Kirche eingebläut: »Wenn Du Opa besuchst, muss er sterben.« Und er hatte ihn ja vor dem schwachsinnigen *Lockdown* besucht. »Wer bestraft die Verantwortlichen wegen seelischer Grausamkeit und dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit?«, fragen die Angehörigen heute.

Man schwadroniert doch heute so gerne von Haltung und Verantwortung. Widerstand wird nur gepriesen, wo es passt: Jeder Klima-Klebe-Terrorist ist nahezu heilig, wird von Kanzeln und Kathetern bejubelt, auf Synoden und in *Talkshows* gefeiert. Doch Kreuz- und Querdenker? Nochmal Bonhoeffer: »Zivilcourage aber kann nur auf der freien Verantwortlichkeit des freien Mannes erwachsen ... Sie beruht auf einem Gott, der das freie Glaubenswagnis verantwortlicher Tat fordert und der dem, der darüber zum Sünder wird, Vergebung und Trost zuspricht.« Genau das ist der Schlüssel! Jeder muss sich eingestehen, dass er in seinem Handeln zum Sünder werden kann. Auch wenn es noch so logisch erscheint und gut gemeint ist. Nur Sekten wie die »Zeugen Coronas« meinen, alles richtig zu machen. »Wir werden einander viel verzeihen müssen«, meinte einer der Hauptverantwortlichen für alles, der CDU-Politiker Spahn. Klingt auch schön fromm. Jedoch unverantwortlich für einen Politiker! Denn wenn er das vorher schon weiß, warum handelt er dann nicht so, damit es gar nicht dazu kommen muss?

Ein Christ sollte zum Thema Verzeihen wissen: Alles ist bloße »billige Gnade« (Bonhoeffer), was nicht aus der Reue und der Buße kommt und dazu führt, »alles wieder gut zu machen.« So verzeiht Jesus ja einem aufrecht reuigen Zöllner Zachäus, und der gibt sein kriminell ergaunertes Geld vierfach (!) zurück. Ich sehe nirgendwo echte Reue über die eklatanten, mörderischen Fehler der letzten Jahre. Geschweige denn »tätige Buße«. Im Gegenteil: Bloße Rechthaberei. Noch nicht mal die Rehabilitierung der nachweisbar im Recht stehenden Kritiker der ersten Stunde. Null! Es waren wenige, die sich widersetzten. Das war in der Geschichte nie anders. Auf die Masse zu warten, hätte mir nie das schönste Geburtstagsgeschenk meines Lebens beschert: den Mauerfall am 9. November 1989. Leute wie Bonhoeffer standen allein. Doch unbeirrt und glaubensstark waren sie Vorbild für viele, die sich anschlossen.

HABE MANCHE FREUNDE VERLOREN, UNENDLICH VIELE NEUE GEWONNEN

Ich hätte mir in den letzten Jahren mehr Christen gewünscht, die nicht nur Bonhoeffers Spruch auf Grußkarten oder an der Wohnzimmerwand hatten: »Von guten Mächten wunderbar geborgen ...« Sondern Menschen, die beherzt und im Vertrauen auf Gott Bonhoeffers wichtigste Widerstands-Philosophie in die Tat umgesetzt hätten: »Wenn ein Wahnsinniger sein Auto über den Gehweg steuert, so kann ich als Pastor nicht nur die Toten beerdigen und die Angehörigen trösten; ich muss hinzuspringen und den Fahrer vom Steuer reißen.« Stattdessen hat man aus der guten Nachricht von Hoffnung und Leben eine Angstreligion gemacht. Selbst meine linksliberalen Kollegen wie Heribert Prantl (*Süddeutsche Zeitung*) oder Stefan Aust (*Der Spiegel*) beklagten genau das: Kirche hat nicht Angst genommen, sondern Panik gemacht. »Kirche hat uns, als wir sie am nötigsten brauchten, im Stich gelassen.« Wenige haben sich für einen anderen Weg entschieden: Demokratischer Widerstand, auch und gerade als Christen. Ich selber habe manche Freunde verloren (die folglich nie echte waren!), jedoch unendlich viele neue gewonnen. Zu meinen Büchern und Vorträgen, zu Sendungen und Interviews bekomme ich tausendfaches Echo. Dieses Gemeinsame stärkt und gibt Kraft.

Doch über allem steht, dass Gott uns nie im Stich lässt. Dass Jesus Christus uns Besonnenheit und Zuversicht schenkt. Als Kreuz- und Querdenker der Weltgeschichte gibt er seinen Nachfolgern keine leeren Versprechungen von riesigen Erfolgen mit tosenden Massen, sondern die Gewissheit mit den Worten Bonhoeffers: »Ich glaube, dass Gott uns in jeder Notlage soviel Widerstandskraft geben will, wie wir brauchen.«

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



DIE CORONA-LITANEI – Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



CHRONIK EINER ABRECHNUNG
Flo Osrainik

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



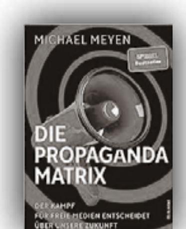
DAS MASS IST VOLL.
Peter Hahne

Quadriga-Verlag
ISBN: 978-3-86995-120-1



»MÖGE DIE GESAMTE REPUBLIK MIT DEM FINGER AUF SIE ZEIGEN.«
Marcus Klöckner
Jens Wernicke

Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3-96789-034-1



DIE PROPAGANDA MATRIX
Michael Meyen

Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3-96789-0204



EIN WILLKOMMENER KRIEG? NATO, RUSSLAND UND DIE UKRAINE

Wolfgang Gehrke/ Christian Reymann
Papyrossa-Verlag
ISBN: 978-3-894388010



DIE ANBETUNG: ÜBER EINE SUPERIDEOLOGIE NAMENS DIGITALISIERUNG
Marie-Luise Wolff
Westend-Verlag
IBSN: 978-3-864893049



DIE RETTUNG UNSERER PSYCHISCHEN GESUNDHEIT
Annemarie Jost

Frank & Timme-Verlag
ISBN: 978-3-732908530



ZEITENWENDE. CORONA, BIG DATA UND DIE KYBERNETISCHE ZUKUNFT
Andrea Komlosy

Promedia-Verlag
ISBN: 978-3-85371-505-5

Taumeln auf der Zielgeraden

Von Hendrik Sodenkamp

Wir hatten auf voller Linie Recht: *Arte* bringt die nächste Impfschaden-Doku und Karl Lauterbach (SPD) distanziert sich von Schulschließungen. Das *Youtube*-Format der *Bild*-Zeitung lässt gefühlt im Stundentakt die Forderung laut werden, dass die Verantwortlichen für die Verbrechen des Coronaregimes zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Hallo? War da was?



Einer fehlt auf der Zielgeraden: Querdenker Michael Ballweg wurde aus dem Rennen gerissen. Seit 29. Juni 2022 wartet er im Terrorknast Stuttgart-Stammheim auf seine Freilassung. Foto: Stefan Brending/CCommons

Im entscheidenden Moment waren sie nicht da, um für Verhältnismäßigkeit, Rechtsstaat und die Freiheit der Wissenschaft einzutreten. Nun wollen sie auch noch Richter spielen. Als es zählte, als die Verbrechen verhindert werden konnten, droschen sie auf uns, die wir aufstanden, ein. Schaut man in die Kommentarspalten, bin ich nicht der Einzige, der hier erhebliche Zweifel an den redlichen Absichten hat.

Die Chronik der Abrechnung ist geschrieben (siehe links). Der Autor Flo Osrainik hat mir seinen Zorn über die Verbrecher und die *Fake*-Aufklärer in eine Telefonapp geschrieben, doch die Maschine löscht alle digitalen Nachrichten nach einer Woche automatisch. Puff, weg. Was bleibt ist das Papier, der direkte menschliche Umgang. Und, ja, Zorn.

Der Rechtsanwalt Markus Haintz macht sich nicht mal mehr die Mühe, V-Mann, also verdeckter Ermittler zu sein, und hetzt dem Sänger SchwrzVyze offen auf Telegram die Staatsanwaltschaft auf den Hals, weil der einen Wahlaufruf zur Berlinwahl an diesem Wochenende machte, der ihm nicht gefällt. Haintz will also dahin: Zu Springer, in die *Talkshow*, und noch mehr Geld abzocken und dann doch noch Richter werden. »Wenn man gerade als Sieger über die Ziellinie läuft, sollte man nicht anfangen in die andere Richtung zu rennen.« Das hat Osrainik irgendwann mal im Frühjahr 2020 auf dem Rosa-Luxemburg-Platz gesagt, glaube ich mich zu erinnern. Da hat er einfach Recht.

»Haintz will uns in den Knast bringen, aber das Gefängnis, in das er sich mit solchen Taten selber einfährt, ist viel schlimmer«, meint eine Demokratin zu mir beim Spaziergang, sichtbar wirklich besorgt, um des Haintzens Seelenheil. »Autoritäre Wichser sollen autoritäre Wichser sein können«, wiegelt ihr liberaler Begleiter ab. Ich frage, ob ich die beiden zitieren darf. Sie nicken und wir machen weiter Zeitung, bis zum Sieg.

WELLNESS IM WIDERSTAND

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Dr. Gert Zenker

WiderSTAND allein genügt nicht, da liegt zuviel Statisches darin, es geht auch darum, wieder in Bewegung zu kommen – über alles Angststarrende und Demonstrative hinaus. Wieder stehen, sich aufrichten. Und wieder sprechen miteinander, nach all dem Getriebensein in die Konfrontation, ins verzweifelte Nein zu Maske, Test und Nadel.

Zu unterscheiden ist das Widerstehen vom bloßen Widerspruchsgeist. Wenn ich immer nur das Gegenteil von dem sage, was der andere meint, kommt keine Wahrheit heraus und ich bleibe abhängig vom Denken des anderen. Das gilt im Kleinen wie im Großen. Schweigt der andere irgendwann, weil ihm die Luft ausgeht, habe ich plötzlich nichts mehr zu sagen und das eigenständige Denken verlernt, was ja das erklärte Ziel von Propaganda ist.

Nach den vergangenen drei Jahren hat nun jeder halbwegs seinen Platz gefunden. Der eine duckt sich in seine Gartenecke, der nächste entdeckt für sich das Esoterische. Wieder modern ist plötzlich Rudolf Steiner in seiner Soziallehre, gefordert wird positives Denken (das in solcher Forderung schon fast wieder zum Dogma wird), man preist die Hoffnung, den Lebenssinn, den Optimismus, die Zuwendung zum Licht – aber alles möglichst ohne Gott. Bei der Gottesfrage sucht man sein Heil in der Flucht. Ein wenig erinnern all diese Bemühungen an die Geisttanzbewegung um 1890 in den USA, an eine große Illusion.

Das Fatale hierbei ist: Wenn es gelingt, dem Menschen das ihm innewohnende Gottvertrauen aus dem Herzen und aus dem Bewusstsein zu reißen, entsteht ein Vakuum (ganz im Sinne der Globalisierer), in das nun aller zeitgeistiger Unrat geschüttet werden kann als heilloser Religionsersatz.

Widerstehen und Wellness passen nicht so recht zueinander. Wenn wir meinen, wir kämen auf dem breiten, bequemen Weg zum Ziele, ohne Opfer und Schmerzen, so irren wir uns. Auf dem Wege des Widerstands ist – mit Widerständen zu rechnen, mit Dingen, die uns zu schaffen machen. »Ein jeder nehme sein Kreuz auf sich ...« (Matthäus 10,38).

Dr. theol. Gert Zenker, Herausgeber der WendeBlätter 2020 (www.wb2020.de).



SPORT MIT BERTHOLD

NO PAIN, NO GAME

Ich bin in meiner Karriere von größeren Verletzungen verschont worden. In der Reha wütend werden? Dazu fehlte mir die Luft!

Ich kann mich an die Fitmacher Dr. Dieter Ehrich und Reinhard Gebel von Sporeg erinnern, besonders die Schaumgummimatte, 5 Meter lang und 2 Meter breit. Skippings vor und zurück, Liegestütze , wieder hoch, dann kam der Medizinball geflogen: No pain, no game. Abends war unsere Rehagruppe beim Italiener, herrlich, am nächsten Morgen gab es im Stadtwald von Frankfurt wieder Feuer. Allen war eins klar: Wenn die Reha beendet ist, werden wir topfit entlassen. Da Fußball aber sehr feinmotorisch ist, braucht es aber immer noch einige Zeit bis das Spielniveau wieder erreicht ist. Meine Zeit in München war sicher mit Abstand die schwerste Phase in meiner Laufbahn. Ich habe mir immer gesagt, dass es irgendwann vorbei sein wird. Das war Motivation genug, umso mehr habe ich mich sehr darüber gefreut, dass ich von meinen Bundesligakollegen im ersten Jahr nach meiner FCB-Zeit zum Spieler der Saison gewählt wurde.

MIT MANSCHETTE IN DIE WM-VORBEREITUNG

Jungen *Kickern* kann ich nur mit auf den Weg geben, fleißig zu sein und auch Extraschichten einzulegen. Es gehört zum Spiel, nie aufzugeben, am Ende wird man belohnt. Ich erinnere mich an meine Zeit vor der Weltmeisterschaft 1986 in Mexico. Kahnbeinbruch im Winter. Ich habe mit Manschette trainiert und gespielt. Professor Liesen hat mir einen zusätzlichen Trainingsplan erstellt. Ich bin zur WM gefahren und wir sind ins Finale gekommen. Besser geht es nicht. Es gehört aber auch dazu, sich selber einen Kopf zu machen. Die Injektionskampagne bringt furchtbrare Konsequenzen: Geimpfte Athleten sterben andauernd, was in den *Mainstream*medien in keinster Weise erörtert wird. Das ist ein Grund, wütend zu werden! Keiner darf vergessen werden und die Gesellschaft und der Fußball haben die Verantwortung, alle Fälle aufzuarbeiten und den Verbliebenen solidarisch zur Seite zu stehen.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»NUR DIE LÜGE BRAUCHT DIE STAATSGEWALT, DIE WAHRHEIT KANN VON ALLEIN AUFRECHT STEHEN.« THOMAS JEFFERSON

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*